



Bundestag

- Aufrüstung, Abschottung und Sozialkürzung *Seite 2*
- Machtvakuum im Zentrum *Seite 3*



Schöneiche

- 25 Jahre linke Kommunalpolitik *Seite 7*
- Viel Luxus – statt 15 bezahlbare Wohnungen *Seite 6*



Solidarität mit Kuba

- Verfassungsdiskussion im sozialistischen Kuba *Seite 12*
- Schluss mit der Blockade! *Seite 13*
- Solidarische Hilfe *Seite 15*



Foto: Frank Schwarz, DIE LINKE im Bundestag

Liebe Leserin, lieber Leser,

alle 14 Minuten wird ein Mensch auf dieser Welt mit einer deutschen Waffe getötet. Die Bundesregierung sorgt durch ihre Rüstungsexportpolitik dafür, dass Deutschland einer der größten Waffenexporteure der Welt ist. Unter Schwarz-Rot sind von 2013 bis 2017 die Waffenausfuhren gegenüber der schwarz-gelben Vorgängerregierung um 21 Prozent auf über 25 Milliarden Euro gestiegen. Die Rüstungsexporte an Entwicklungsländer sind 2017 auf mehr als eine Milliarde Euro verdoppelt worden. Der Export von Kriegsgerät in die Krisenregion Naher Osten wurde sogar mehr als verdoppelt. Zudem wird jetzt auch noch verstärkt auf eine Rüstungsproduktion außerhalb Deutschlands,

wie den Bau einer Panzerfabrik durch Rheinmetall in der Türkei, gesetzt.

Gleichzeitig baut die Bundesregierung Deutschland zielstrebig zur stärksten Militärmacht in Europa aus. 2017 hat Deutschland mit 37 Milliarden Euro so viel Geld für Waffen und Militär ausgegeben wie zuletzt im Kalten Krieg. 2018 liegt der Wehretat bei 38,5 Milliarden Euro, 2019 soll er auf 42,9 Milliarden Euro wachsen. Zum Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels der NATO, dem sich die Bundesregierung weiterhin verpflichtet, müsste der deutsche Militärhaushalt bis 2024 auf letztlich 85 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Die Wirtschaftsmacht Deutschland würde dann auch bei den Militärausgaben den Spitzenplatz in Europa belegen und Rang 2 nach den USA innerhalb der NATO.

DIE LINKE. im Bundestag macht Druck für einen Kurswechsel. Deutschland soll Friedensmittler werden, statt Aufrüstungs- und Waffenexportmeister.

Mit solidarischen Grüßen
Sevim Dağdelen

Stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:

Deutscher Bundes-
tag, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:

Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma06@bun-
destag.de

Der Beitrag wurde
im Bundestagsreport
(Ausgabe II/Oktob-
er 2018) der Lan-
desgruppe Branden-
burg der Fraktion
DIE LINKE veröf-
fentlicht.

■ Aufrüstung, Abschottung und Sozialkürzung

Der Mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union 2021–2027

Derweil auf dem Treffen der Euro-
päischen Staats- und Regierung-
schefs Mitte Oktober über die Be-
dingungen für den Austritt des
Vereinigten Königreichs gestrit-
ten wurde, laufen die Verhandlun-
gen für den neuen Mehrjährigen
Finanzrahmen der Europäischen
Union dann mit 27 weiter.

Verabschiedung 2019 ungewiss

Die Europäische Kommissi-
on hatte ihren Entwurf am 3. Mai
dieses Jahres vorgelegt. Das Euro-
päische Parlament hatte am 30.
Mai 2018 eine Entschließung zum
Mehrjährigen Finanzrahmen ver-
abschiedet. Die nächste Ebene der
Verhandlungen findet seit dem
18. September 2018 auf Ratsebene
statt. Der aktuell vorgeschlagene
Rahmen liegt bei 1 135 Mrd. Euro.
Die Anzahl der Rubriken wird von
fünf auf sieben erhöht. Die Zahl
der Ausgabenprogramme soll von
58 auf 37 reduziert werden. Das
heißt, die meisten werden neu zu-
sammengestellt. Er soll noch vor
der Europawahl im Mai 2019 ver-
abschiedet werden, was aber als un-
wahrscheinlich eingestuft wird.

Kohäsionspolitik um 45 Prozent gekürzt

Die Rubrik 2 umfasst nun die
*Felder Regionale Entwicklung und Ko-
häsion, Wirtschafts- und Währungs-
union und Investitionen in Menschen,
soziale Kohäsion und Werte*. Der
Fond für Regionale Entwicklung
wird leicht erhöht, der Europäische
Sozialfond um 7 Prozent gekürzt
und der Kohäsions- und Struktur-

fonds um 45 Pro-
zent gekürzt. Das
Erasmus Plus Pro-
gramm für Bildung,
Jugend und Sport
wird immerhin um
92 Prozent auf 26,3
Mrd. Euro erhöht.

Landwirtschaftshilfe gekürzt

In der Rubrik 3
*Natürliche Ressourcen
und Umwelt* werden
in etwa 30 Prozent
des Gesamtbudgets
verplant (336,6 Mrd.
Euro). Der größte
Teil geht wie bisher
an die gemeinsame
Agrarpolitik. Die Direktzahlun-
gen (-11 Prozent) und die Zahlun-
gen der so genannten zweiten Säule
(-28 Prozent) werden reduziert,
dafür steigt das Programm für Um-
welt- und Klimaschutz um fast 50
Prozent auf 4,8 Mrd. Euro. Der Ge-
samtanteil sinkt von 37 Prozent auf
unter 30 Prozent. Das sind nicht al-
les die wegfallenden Britenrabatte.

Geld für Frontex verdreifacht

Die Rubrik 4 ist eine neue Ru-
brik, in der *Migration und Grenz-
management* zusammengeführt
werden. Die Beträge für die dezent-
ralen Agenturen Frontex und die
Europäische Grenz- und Küstenwa-
che werden verdreifacht. Der Fond
für Integriertes Grenzmanagement
wird verdoppelt und der Asyl- und
Migrationsfond um etwas mehr als
ein Drittel erhöht.

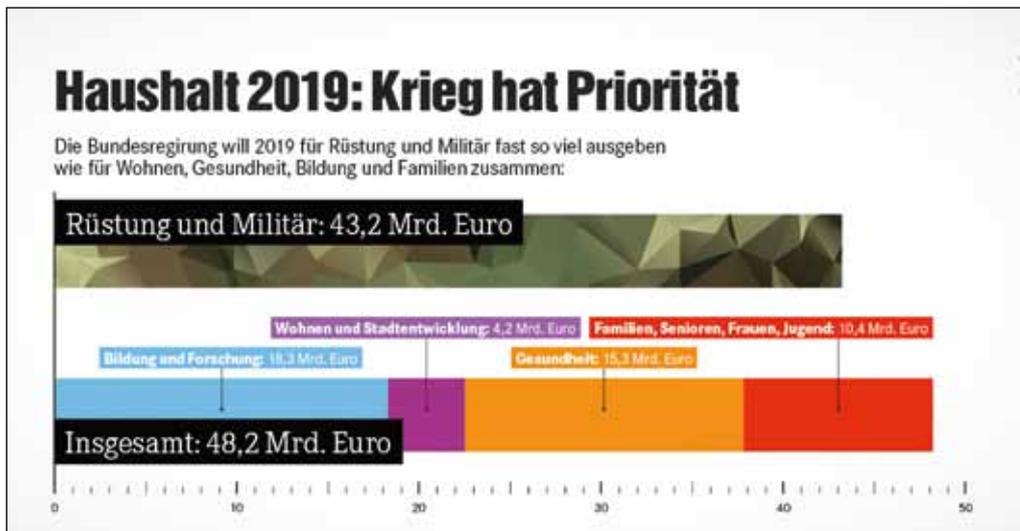


Militärausgaben um das 20-fache erhöht

Im fünften Topf mit dem Namen
Sicherheit und Verteidigung sind 25,3
Mrd. Euro vorgesehen. Der neu ins
Leben gerufene Europäische Vertei-
digungsfond soll davon in etwa die
Hälfte bekommen. Weil der EU-
Vertrag die Finanzierung von Rüs-
tungsausgaben verbietet, werden
diese Ausgaben als Maßnahmen
zur Wettbewerbsförderung deklari-
ert. Verschiedene bisherige Pro-
gramme werden gebündelt und um
das zwanzigfache aufgestockt. Al-
lein 5,8 Mrd. Euro sollen zur Ver-
besserung der Infrastruktur ausge-
geben werden, damit militärisches
Gerät besser und schneller transpor-
tiert werden kann.

Der Feind als Integrationsmotor

Der nun im Rat behandelte Vor-
schlag zum Mehrjährigen Finanz-
rahmen sieht kurz gefasst Sozial-
kürzungen vor, Kürzungen in der
Landwirtschaftshilfe und erhöht
dafür den Militäretat, den Topf
für Abschottung und den Grenz-
schutz. Die Erhöhung des Militär-
etats wird begleitet vom Aufbau
der Ständigen Strukturellen Zu-
sammenarbeit. Nach dem Schei-
tern einer Europäischen Verfassung
im Jahr 2005, nach zehn Jahren
Wirtschafts- und Währungskri-
se soll die Europäisierung in den
nächsten Jahren über das Szenario
der äußeren Bedrohung und eines
daraus abgeleiteten notwendigen
Zusammenstehens vorangetrieben
werden.



■ Machtvakuum im Zentrum

Union im Umbruch

Wie erwartet ist nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen auf höchster Ebene die Personaldiskussion ausgebrochen. Merkel konnte nach den zwei Mal minus 10 Prozent für die Union den Anspruch auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz nicht verteidigen. In einer Pressekonferenz verkündete sie ihren Verzicht auf den Vorsitz und eine fünfte Kanzlerkandidatur. Dafür bekam sie gedämpften Zuspruch, aber die kritischen Stimmen über den Verbleib als Kanzlerin bis 2021 ebbten nicht ab.

Einigung in München

Nach der prinzipiellen Einigung über eine Regierung zwischen CSU und Freien Wählern in München hat CSU-Innenminister Horst Seehofer seinen Obersten Beamten Heinz-Georg Maaßen zum Wohle des Erhalts der Großen Koalition doch noch entlassen. Er hat seinen Dienst zur vollsten Zufriedenheit erfüllt. Nun kommt Seehofer und sein Verbleib als Minister erneut in das Fadenkreuz. Die Wahl von Markus Söder zum Ministerpräsidenten ist ein weiterer Schritt zu einem möglichen Rückzug von Seehofer.

Der SPD-Vorstand hat den Zusammenhalt von Partei und Koalition nach einer Klausur verkündet und beschworen. Sacharbeit ist nun wieder einmal das Gebot der Stunde, aber Nahles steht wegen häufigen Versagens unter starker innerparteilicher Kritik. Die Umfrageergebnisse werden das nicht verbessern. Die Zustimmung für SPD und Union liegen konstant unter 50 Prozent, die SPD taumelt angeschlagen in Richtung der 10 Prozent Marke. Ein konsequent linkes Politikangebot hätte ein großes Potenzial, zumal BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehr und mehr ins bürgerlich konservative Lager hineinreichen.

Verzicht erzwungen

Nach dem erzwungenen Verzicht von Merkel laufen sich in der CDU die Kandidaten für die Wahl zum Parteivorsitzenden warm. Insgesamt 12 haben sich bislang bekundet und es passt ja irgendwie zum christlichen Traditionsbezug, auch Jesus hatte 12 Jünger. Am 8. Dezember wird entschieden, wer der

nächste Vorsitzende oder die Generalsekretärin wird gewählt. Setzt sich Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) durch? Wird Friedrich Merz (FM) der Martin Schulz der CDU? Oder doch einer der Anderen?

Für den Fortgang der Bundesregierung wird das Ergebnis Auswirkungen haben. Denn es handelt sich neben den Personen auch um inhaltliche unterschiedliche Ausrichtungen. Setzt sich AKK gegen FM durch, dürfte die Koalition in ruhigeres Fahrwasser kommen. Die Saarländerin ist Wunschnachfolge von Merkel, und so werden sie im Erfolgsfall koordiniert auf eine reguläre Wahl 2021 hinarbeiten. In den ersten Tagen der Kandidatur von AKK sind Züge der Methode Kohl-Merkel sichtbar geworden, sie war wiederholt in der Union erfolgreich.

Merz, der Schulz der CDU?

Setzt sich Merz durch, wird es schwieriger. Denn im Dezember 2020 stünde neun Monate vor einer regulären Wahl wiederum eine Vorstandswahl in der CDU an, in der er seinen Vorsitz verteidigen müsste. Erst dann würde die Frage der Kanzlerkandidatur entschieden. Im Falle, dass Merz sich durchsetzt, steigt die Wahrscheinlichkeit einer vorgezogenen Neuwahl, um Vorsitz und Kanzleramt wieder in einer Person zusammenzuführen.

Ein oft spekulierter Zeitpunkt ist zeitgleich zur EU-Wahl. Merz hat vor der Bekanntgabe seiner Kandidatur in Brüssel Gespräche mit hochrangigen Politikern und Spitzenbeamten geführt. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, früher Förderer von Jens Spahn, hat Berichte über sein Mitwirken an

der Kandidatur von Merz nicht dementiert.

GroKo – Stabile Seitenlage durch Rücktritt?

Mitte Januar 2019 will Markus Söder auf einem CSU-Sonderparteitag Parteivorsitzender werden. Damit wäre auch ein Rücktritt des Innenministers eine Möglichkeit, um die GroKo in die stabile Seitenlage zu bringen und der SPD einen Beruhigungsteufel zu präsentieren. Der jetzige Landesgruppenvorsitzende Alexander Dobrindt wäre eine mögliche Nachfolge, die keine zu großen Wellen auslösen dürfte.

Die interessante Frage ist nach dem vorzeitigen Ruhestand vom 5. November die nach der Zukunft von Maaßen, der sich in seiner Abschiedsrede als Opfer einer linksgrünen Verschwörung stilisiert hat. Bereitet er nach dem Lob von Gauland für seine Haltung eine Spitzenkandidatur für die AfD bei der nächsten Bundestagswahl vor? Und was macht nebenbei bemerkt der Lieblingsstar der „Bild“-Zeitung, Karl-Theodor zu Guttenberg? Auch Doktor Plagiatus hat wie Friedrich Merz eine Rechnung mit Merkel offen. Juckt es ihm auf der anderen Seite des Atlantiks in den Fingern?

Wie wird das Vakuum gefüllt?

Sechs Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament ist die Macht in der Mitte der Union mit sich selbst beschäftigt und längst nicht mehr tonangebend. Berlin steht bis auf weiteres in einem Machtvakuum, von dem nicht klar ist, wie es sich nach dem Umbruch füllen wird. Wie weit werden rechte Kräfte (Positionen und Personen) dort einrücken? Selbst Paris ist davon nicht unberührt. Der innen-

politisch auch angeschlagene Präsident Macron hat nach der Verkündung des Rückzugs von Merkel erstmal ein paar Tage Erholung angekündigt und niemand anders als der unter Anklage stehende Nicolas Sarkozy hat ihn in der öffentlichen Debatte dafür verteidigt.

von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,
Landesliste
Brandenburg

Der Beitrag „Machtvakuum im Zentrum“ ist im Bundestagsreport (Ausgabe 1/November 2018) der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE veröffentlicht. Der Bundestagsreport erscheint am Ende jeder Plenarwoche im Internet auf der Seite: www.dielinke-brandenburg.de/parlament/bundestag/. Die vier Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion berichten darin über Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit.



Aus der Linksfraktion im Landtag

Kritik am Kompromiss

Erste Lesung der Novelle des Polizeigesetzes



von
Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg,

- **Internet:**
<http://volkmar-schoeneburg.de/>
- **Facebook:**
www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
- **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:
(033 61) 3 69 89 81
- **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
Handy:
(01 52) 29 08 10 64
Franziska Schneider
Handy:
(01 52 20) 3 70 96 95

Die Rollen waren klar verteilt. Die CDU kritisierte den vom Kabinett eingebrachten Entwurf für ein novelliertes Brandenburgisches Polizeigesetz als „völlig unzureichend“ und Kniefall des Innenministers vor der LINKEN. Er lasse die Polizei im Regen stehen. Die AfD forderte sogar die martialische Aufrüstung der Polizei (z.B. mit Maschinengewehren). Es fehlte nur noch, dass ihr Redner die Einführung eines „Landessicherheitshauptamtes“ gefordert hätte. Von links kritisierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unberührt davon, dass in Baden-Württemberg und Hessen schärfere Gesetze mitgetragen werden, die immer noch im Gesetz geregelten schweren Grundrechtseingriffe. Der Innenminister sieht in dem Entwurf, der aufgrund des „politisch motivierten“ Extremismus, der jeden gefährden könne, notwendig sei, als Kompromiss zwischen den bürgerlichen Freiheitsrechten und den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte für DIE LINKE, dass es zuvorderst immer noch um soziale Sicherheit gehe. Zudem hob er hervor, was sich an dem im Januar vom Innenministerium vorgelegten Referentenentwurf unter Einfluss der LINKEN verändert habe. Es ginge darum, die Eingriffsbefugnisse der Polizei auf das „zwingend Notwendige“ zu begrenzen.

Vor dem Schlimmsten bewahrt

In der Tat: Gegenüber der beschriebenen Ausgangslage (siehe „Die unbegrenzte Prävention“, in „Widerspruch“, September 2018) hat sich einiges verändert. Die Online-Durchsuchung und die elektronische Fußfessel für „Gefährder“ wurden aus dem Entwurf gestrichen. Der Einsatz von Sprengmitteln, jetzt „Explosivmittel“, durch die Polizei ist so gut wie ausge-

schlossen. Auch auf die molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung wurde verzichtet.

Ein Kompromiss ist die Regelung zur Quellen-TKÜ, also zum Einsatz eines Trojaners zum Auslesen verschlüsselter Nachrichten. Sie ist eng gefasst, beschränkt auf Terrorverdächtige und steht unter richterlichem Vorbehalt. Die Schleierfahndung, die bisher im grenznahen Raum gestattet ist, soll auf Hauptstraßen außerhalb der Grenznähe ausgedehnt werden. Das Innenministerium wollte dagegen ihre Zulassung in ganz Brandenburg. Die Präventivhaft, die Einsperrung ohne Tat, Anklage und Urteil, ist gegenwärtig bis zu vier Tagen möglich. Für Terrorverdächtige soll sie nun auf zwei Wochen, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere zwei Wochen, auf Grundlage einer richterlichen Entscheidung verlängert werden.

Noch genug Kritikpunkte enthalten

Problemhaft sind darüber hinaus u.a. die geplante Einführung von sogenannten Bodycams für Polizisten (deren Einsatz in Wohnungen jedoch ausgeschlossen ist), die Erteilung von Meldeauflagen, wenn vermutet wird, der Betroffene könne Straftaten nach dem Versammlungsgesetz begehen, und die Verlängerung der Speicherfrist von 48 Stunden auf zwei Wochen bei der Videoüberwachung. Kritisch zu sehen ist auch der Anknüpfungspunkt für das Verhängen von Aufenthalts- und Kontaktverboten gegen „Gefährder“ durch die Polizei. Denn hier wird inhaltlich an den weit vorgelagerten Begriff der „drohenden Gefahr“ angeknüpft. Dieser Begriff ist höchst umstritten, da mit ihm ein weiterer Schritt ins Vorfeld einer vielleicht zu begehenden Straftat erfolgt. Gegen seine Verwendung im bayrischen Polizeigesetz (statt der üblichen „konkreten Gefahr“) klagten mehrere Bundestagsfraktionen, auch DIE LINKE, vor dem Bundesverfassungsgericht.

Es ist unbestritten: Durch den Einfluss der LINKEN ist der Ge-

setzentwurf erheblich entschärft worden. Insofern hat die Partei auch ihren Gebrauchswert in der Regierung unter Beweis gestellt. Trotzdem schlägt ihr auch aus der Basis der Partei und einem breiten Bündnis gegen ein neues Polizeigesetz heftige Kritik entgegen. Die Kritiker, unter ihnen auch der Autor dieser Zeilen, sehen die Erforderlichkeit dieser Novelle nicht. Sie ist eine typische „Anlassgesetzgebung“, die das Verhältnis zwischen Prävention und Rechtsstaatlichkeit weiter in Richtung ersterer verschiebt und viel Symbolpolitik beinhaltet. Rechtsstaat wird dabei als Limitierung der Staatsgewalt im Interesse der Bürger verstanden, der u.a. die Bindung von Exekutive und Gesetzgebung an die Grundrechte dient.

Trotzdem: Dilemma der Partei

Dass nun die beiden Positionen, einerseits der Versuch, das Schlimmste (hier erfolgreich) zu verhindern, andererseits im Sinne einer negativen Reform (Thomas Mathiesen) konsequent Nein zu sagen, aufeinanderprallen, ist auch dem Dilemma der Partei geschuldet. Zwar ist im Koalitionsvertrag eine Novellierung des Polizeigesetzes festgeschrieben, aber eine inhaltliche Untersetzung fehlt. Es gibt keine Positionierung unsererseits, wie das Polizeigesetz zu verändern ist. Denkbar wären ja auch die Einführung einer Beschwerdestelle, die u.a. Zugriff auf die Bodycam-Aufnahmen haben müsste, oder die Halbierung der Präventivhaft auf zwei Tage, wie es gerade in Berlin diskutiert wird. Aber auch als die innenpolitischen Sicherheitsstrategen als Reak-



tion auf das Berliner Attentat daran gingen, die Polizeigesetze zu verschärfen, um Handlungsfähigkeit zu Lasten der Rechtsstaatlichkeit zu demonstrieren, hat DIE LINKE verabsäumt, politisch zu klären, wie sie einem solchen Ansinnen in Brandenburg gegenübersteht. Natürlich kann man sich der politischen De-

batte nicht entziehen. Aber man kann die weitere Stärkung einer Sicherheitsgesellschaft mit den guten Argumenten des Parteiprogramms der LINKEN konsequent ablehnen (was die Auffassung des Autors ist) oder sich in gewisser Weise auf die Logik der Scharfmacher einlassen, um das Übelste zu verhindern.

Die nächste Station im Gesetzgebungsverfahren ist die Anhörung von Sachverständigen am 8. Januar im Innenausschuss. Danach wird sich zeigen, ob der Entwurf noch im Sinne der Bürgerrechte weiter qualifiziert werden kann.

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE

(Zusammenstellung: Franziska Schneider)

■ Gesetz zum E-Government verabschiedet

von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

Mit dem Gesetz soll endlich ein verbindlicher Rechts- und Entwicklungsrahmen für den Einsatz von moderner Informations- und Telekommunikationstechnik in den öffentlichen Verwaltungen im Land Brandenburg geschaffen werden. Mit E-Government soll die Effizienz der Verwaltung verbessert werden und mit ihr kann auch die Bürgerfreundlichkeit erhöht werden. So können zum Beispiel auch ältere Menschen mit der Verwaltung leichter in Kontakt bleiben, wenn etwa Verwaltungsleistungen in der Fläche nicht mehr in dem Umfang verfügbar sein werden, wie sie es vor Jahrzehnten noch waren. Dazu müs-

sen allerdings die Rahmenbedingungen stimmen, sonst drohen soziale Ausgrenzung, unnötige Bürokratie, Kosten und Entdemokratisierung. Ziel ist es ausdrücklich, günstige Bedingungen für die Digitalisierung auf kommunaler Ebene zu schaffen. Denn nur in dieser Verbindung können wir die Digitalisierung zielgerichtet im Interesse der Bürger vorantreiben. Dabei wollen wir darauf achten, dass die angebotenen Technologien nicht nur sicher und rechtsverbindlich, sondern auch nutzbar für die Bürgerinnen und Bürger sind und vor allem von diesen akzeptiert werden. Das betrifft zum einen das so genannte Once-only-

Prinzip, aber auch die Frage der analogen Zugangsmöglichkeit zu den Verwaltungsdienstleistungen.

Gleichfalls hat DIE LINKE zu diesem Tagesordnungspunkt mit einem Antrag zu „Open Data für Brandenburg“ einen deutlichen Akzent gesetzt. Open Data bedeutet die Öffnung der Datenbestände in Verwaltungen nach konkreten Standards. Diese Daten, die mit öffentlichen Geldern einmal erhoben worden sind und in den Verwaltungen lagern, sollen weiter verarbeitet werden können. Dazu gehören eine diskriminierungsfreie Lizenzierung, die Standardisierung der Dateiformate, die zeitnahe Veröffentlichung, die

Kostenfreiheit, die Vollständigkeit und die Kompatibilität mit anderen Datenbeständen. Open Data ist für DIE LINKE ein erster und notwendiger Schritt für die Öffnung von Verwaltungsprozessen und damit eine Grundlage für mehr Partizipation und direktdemokratische Entscheidungsfindungen. Nur so lassen sich die demokratischen und sozialen Potentiale der Digitalisierung nutzen. Das Land Brandenburg ist dabei gar nicht so schlecht, wie immer behauptet wird. Das Portal „Datenadler“ ist ein ansprechendes Beispiel.

Infos unter: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/

■ Brandenburg sucht den Kulturort des Jahres

von Gerrit Große, kulturpolitische Sprecherin

„Brandenburger Kulturort des Jahres“ – das ist ein Titel, um den sich demnächst alle Städte und Gemeinden in Brandenburg bewerben können. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Regierung Mitte nächsten Jahres das Ausschreibungskonzept vorlegt. Die Kultur in Brandenburg ist von vielen ver-

schiedenen regionalen Besonderheiten geprägt. Besonders wertvoll ist dabei, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv Kultur in ihren Dörfern und Städten schaffen und gestalten. Das stiftet Zusammenhalt, Identität und Lebensfreude. Das Engagement der vielen Akteure in Dorf- und Heimatverei-

nen, der Kunst- und Kulturschaffenden, Unternehmen, Kirchen, Schulen, Jugendclubs und manch anderer Beteiligten möchten wir in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken und ehren. Deshalb wird alle zwei Jahre der Titel „Brandenburger Kulturort des Jahres“ ausgelobt. Dabei wird besonders

darauf geachtet, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner sich beteiligen können, regionale Besonderheiten gewürdigt werden und die Kultur Aktivität langfristig Bestand hat und das Leben der Region bereichert.

Infos unter: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/

■ Power-to-X: Schlüsseltechnik für künftige Energiesysteme

von Thomas Domres, energiepolitischer Sprecher

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz wird die Sektorenkopplung von entscheidender Bedeutung für die Energiewende und den Klimaschutz werden. Wir brauchen energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher, wenn die Energiewende gesamtgesellschaftlich akzeptiert werden und funktionieren soll. Für die Mobilität auf der Straße, aber insbesondere auf dem Wasser und in der Luft sind derzeit noch wenige Alternativen zur Verbrennungstechnologie in Sicht.

Aber auch in diesem Sektor ist es notwendig, dass die Dekarbonisierung voranschreitet. Power-to-X ist das Stichwort.

Vereinfacht gesagt, geht es darum, den Strom, insbesondere auch überschüssigen Strom, anders nutzbar zu machen. Power-to-X beschreibt die Wandlung von Strom als Primärenergie in einen Energieträger, in Wärme, Kälte, Produkt, Kraft- oder Rohstoff. Power-to-X Technologien überwinden Sektorengrenzen, übertragen flexibel Energie und tragen so nachhaltig zur Reduktion von CO₂-Emissionen

und zur Energieeffizienz bei. Daneben gleichen integrierte Energiespeicher in system-, netz- und marktdienlicher Betriebsweise die Schwankungen erneuerbarer Energie aus und geben damit einen entscheidenden kostensenkenden Effekt in das Gesamtsystem.

Vielfältige Technologien zur Sektorenkopplung, Energiewandlung und -speicherung sind bereits auch bei uns im Land erforscht und kleinteilig entwickelt, so z.B. in Prenzlau oder in Falkenhagen in der Prignitz. Allein die Rahmenbedingungen für einen industriell-

len und wirtschaftlichen Einsatz fehlen und die müssen jetzt geschaffen werden. Mit unserem Antrag „Wind im Tank und unter den Flügeln“ fordern wir die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, die bestehenden Abgaberegulungen für Power-to-X Technologien schnellstmöglich zu überarbeiten. Zugleich setzen wir uns für die Ansiedlung eines sogenannten „Reallabores“ zur Erforschung von Power-to-X-Technologien in der Lausitz ein.

Infos unter: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/

Aus den Basisorganisationen der LINKEN



von
Fritz R. Viertel,
Vorsitzender
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin,
Foto:
Andreas Winter

■ Schöneiche bei Berlin

Vier Luxus- statt 15 bezahlbare Wohnungen sind ein Skandal!

Wie die „Märkische Oderzeitung“ („MOZ“) Anfang November berichtete, verschwindet in Schöneiche derzeit ein langjähriges „Ärgernis ersten Ranges“. Auf dem Grundstück an der Ecke Raisdorfer Straße/Fließstraße in Fichtenau wurde eine Investruine aus den 90er Jahren abgerissen.

Skandal: Vier Luxusapartments statt 15 bezahlbare Mietwohnungen

Doch was dort entsteht, muss wiederum als „Ärgernis ersten Ranges“, wenn nicht als Skandal bezeichnet werden. Wo wenigstens 15 bezahlbare Mietwohnungen Platz fänden, baut ein privater Investor vier Luxusapartments zwischen 110 und 180 Quadratmetern Größe.

Dabei gehört Schöneiche zu den Kommunen in Brandenburg, die seit 2014 offiziell unter einem akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum leiden. Dass sich das Profitinteresse privater Investoren im Ort austoben kann, ist leider kein Einzelfall.

Kommunale Grundstücke verscherbelt

Seit Jahren werden immer wieder kommunale Grundstücke verscherbelt. Beispiele sind die ehemalige Wäscherei/Turnhalle in der Dorfstraße, die alte Bürgerschule in der Käthe-Kollwitz-Straße, das Areal in der Goethestraße 55 D-G oder das kommunale Wohnhaus in der Rosa-Luxemburg-Straße 9.

An keinem einzigen dieser Standorte entstand bezahlbarer Wohnraum, manche wurden zum Spekulationsobjekt. Dafür sorgten Bürgermeister Heinrich Jüttner (parteilos, langjährig für SPD) und Nachfolger Ralf Steinbrück (SPD) gemeinsam mit großen Mehrheiten aus SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, NEUEM FORUM und FEUERWEHR in der Gemeindevertretung. Sie verkauften stets zum Höchstpreis, statt an Interessenten mit Plänen für sozialverträgliche Bauprojekte. Auflagen für einen Anteil an günstigen Wohnungen lehnten sie ab.

Kein Interesse an Regulierung des Wohnungsbaus

Dass sich die Gemeindeverwaltung nicht sonderlich für bezahlbaren Wohnraum interessiert, zeigt erneut das Luxuswohnprojekt an der Raisdorfer Straße. Warum hat sich die Gemeinde nicht bemüht, das seit 20 Jahren brachliegende Grundstück mit Platz für wenigstens 15 günstige Mietwohnungen selbst zu erwerben? Warum schließt der angrenzende Bebauungsplan für die neue Feuerwache und das benachbarte Wohngebiet aus dem Jahr 2000 dieses Grundstück nicht mit ein oder wurde später dahin erweitert, um auf eine sozialverträgliche Bebauung hinzuwirken?

Zudem lehnte die Verwaltung mit Unterstützung der genannten Parteien in der Gemeindevertretung bisher alle Regulierungsvorschläge für den örtlichen Wohnungsbau ab.

Zum Beispiel:



Foto: DIE LINKE

- Mietwohnhäuser und sozialen Wohnungsbau im Bebauungsplan Berliner Straße Nord festzulegen: abgelehnt.
- Gemeinnützige Wohnprojekte und kommunaler Wohnungsbau auf dem ehemaligen Schlossgelände: abgelehnt.
- Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft: abgelehnt.

LINKE fordert soziale Boden- und Wohnungspolitik

DIE LINKE setzt sich dennoch weiter für eine soziale Boden- und Wohnungspolitik ein. Zur nächsten Sitzungsrunde bringen wir dafür zwei Anträge in die Gemeindevertretung ein:

1. Für einen Verkaufsstopp aller Gemeindegrundstücke, auf denen mindestens fünf Wohnungen gebaut werden können. Sie sollen künftig nur noch über Erbbaurecht durch Dritte bebaut werden dürfen. Dabei müssen mindestens 40 Prozent preiswerte Mietwohnungen entstehen (Nettokaltmiete = max. 7 Euro/qm).
2. Die Gemeinde soll systematisch Grundstücke ankaufen, auf denen preiswerter Wohnraum entstehen kann. Künftig soll eine ortsweite Quote von 40 Prozent preiswerten Mietwohnungen (Nettokaltmiete = max. 7 Euro/qm) für Neubauprojekte ab fünf Wohneinheiten gelten und mit allen rechtlichen Mitteln durchgesetzt werden.

■ Fürstenwalde



Am 30. Oktober trafen sich die Mitglieder der AG Senioren der Partei DIE LINKE in Fürstenwalde auf der Minigolfanlage in Fürstenwalde. Bei Kaffee und Kuchen wurden anschließend die Sieger bekannt gegeben. Minigolf macht Spaß.

*Siegfried Zahn, Vorsitzender der AG Senioren,
Foto: DIE LINKE Fürstenwalde*

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Schöneiche bei Berlin

DOKUMENTIERT

Ein Vierteljahrhundert linke Kommunalpolitik in Schöneiche

Am 5. Dezember 1993 waren in Brandenburg Kommunalwahlen. Sie waren Teil einer Kommunalreform, mit der unter anderem die Zahl der Landkreise in Brandenburg von 38 auf 14 reduziert und neben anderen auch der Landkreis Oder-Spree neu geschaffen wurde.

Mir ist dieses Datum auch in Erinnerung geblieben, weil ich an diesem Tage erstmals in die Gemeindevertretung von Schöneiche gewählt wurde. Demnächst werde ich nun dieser Vertretung fünfundzwanzig Jahre angehören. Da kommen mir Ereignisse in den Sinn, die neben dem Wandel des Inhalts kommunalpolitischer Tätigkeit auch bestimmte Kontinuitäten verdeutlichen. Es mag ein halbes Jahr vor der nächsten Kommunalwahl interessant sein, an einiges davon zu erinnern. Vieles war und ist kontrovers und auf allseitige Zustimmung ist deshalb nicht zu hoffen.

Stasi

... war dazumal ein allgegenwärtiges Thema. Mir persönlich begegnete es erstmals in Form der Vorlage 29/94 „Überprüfung der neuen Mitglieder der GV durch die Gauck-Behörde“ als Antrag der SPD-Fraktion. Ich erklärte damals:

„Als Bürger der DDR habe ich in diesem Land gelebt und ihm nach Kräften gedient. Ich bekenne daher: Auch ich war an der DDR mit Schuld. Für das Ministerium für Staatssicherheit habe ich nur deshalb nicht gearbeitet, weil ich nicht gefragt wurde. Ich weigere mich, diesen Umstand heute politisch zu instrumentalisieren. Mit dieser Position bin ich als Kandidat für die Wahlen nominiert und in die Gemeindevertretung gewählt worden. Die Ehrlichkeit gebietet mir, daran festzuhalten.“

Dabei ist es nach einer heftigen Debatte in der Gemeindevertretung für lange Jahre geblieben.

In der Tagesordnung der Gemeindevertretung für den 17. Februar 2010 fand sich dann die Beschlussvorlage 170/2010 „Überprüfung der Gemeindevertreter nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz“

von den Fraktionen Freiwillige Feuerwehr/Neues Forum/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

Nun ist diese Überprüfung seit acht Jahren Geschichte und auch mir wurde die Bestätigung aufgenötigt, nicht für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet zu haben.

Völlig unbeeindruckt vom Ergebnis der amtlichen Überprüfung wurde von offenbar interessierten Zuwanderern die Kampagne fortgesetzt.

Am 12. Juni 2014 erschien in der „Märkischen Oderzeitung“ ein mit „Ekkehart Baals“ gezeichneter Leserbrief, in dem weiter „Stasi“-Verleumdungen gegen mich verbreitet wurden.

Damals frisch mit der gegen teiligen Bescheinigung ausgestattet, lag eine Strafanzeige wegen Verleumdung nahe. Deren nicht sehr überraschendes Ergebnis: Die Staatsanwaltschaft konnte einen „Ekkehart Baals“ nicht finden und stellte die Ermittlungen ein. Ein „Ekkehart Baals“ publizierte allerdings auch danach noch über Schöneicher Interna, historische Themen und seine Zeit am „Otto-Suhr-Institut“. Ich will nicht mutmaßen, warum dieser „Herr(?)“ für die Staatsanwaltschaft nicht auffindbar war. Die politische Instrumentalisierung des Themas ist freilich noch immer nicht Geschichte.

Häuserkampf

Die Gemeinde Schöneiche hatte 1989/1990 einer Vielzahl Erwerber die Häuser verkauft, in denen sie teils seit Jahrzehnten wohnten. Bis Mitte der 90er Jahre wurden alle diese Verträge in zahlreichen Nachtsitzungen der Gemeindevertretung Fall für Fall überprüft. In aller Regel wurden sie nach Feststellung der Redlichkeit nochmals bestätigt.

Dann kam das Sachenrechtsänderungsgesetz mit einem weiteren rückwirkend festgelegten Stichtag. Kaufverträge waren rückabzuwickeln. Die Gemeinde hatte die Kaufsumme an die Erwerber zurückzuzahlen.

Im Jahr 1994 beschloss die Gemeindevertretung auf Antrag der Fraktion der PDS dagegen eine Verfassungsklage einzureichen.

Die Aktivitäten der Verwaltungsspitze der Gemeinde entwickelten sich jedoch in eine andere Richtung. Als 1995 das Problem der Rückabwicklung von Kaufverträgen erstmalig auftrat, wollte sie von den Käufern nachträglich auch noch die Miete für die gesamte Zeit kassieren. Die Gemeindevertretung untersagte derartige Bestrebungen 1996 in zwei Beschlüssen. Das kümmerte den damals neu gewählten Bürgermeister Jüttner wenig. Er verschickte seit Anfang 1997 Schreiben, in denen er von den Käufern ungehört die Nachzahlung der Miete verlangte. Wohl wissend, dass er sich in Widerspruch zu klaren Beschlüssen der Gemeindevertretung befand, brachte er eine Vorlage in die Gemeindevertretung ein, um in geheimer Sitzung die Beschlusslage ins Gegenteil zu verkehren und sich sein rechtswidriges Verhalten nachträglich bestätigen zu lassen.

In diesem Falle hatte er allerdings die Prinzipienfestigkeit der Gemeindevertreter aus allen Fraktionen unterschätzt. Nach harten Auseinandersetzungen zog er seine Vorlagen zurück und kehrte zur Beschlusslage der Gemeindevertretung (und damit auch zur unmissverständlichen gesetzlichen Regelung des Problems) zurück.

Die Verfassungsklage aber wurde im Februar 2004 in der Gemeindevertretung noch einmal zum Thema. In etwa jährlichem Abstand hatten Mitglieder der PDS-Fraktion immer wieder nach dem Stand des Verfahrens gefragt. Die stereotype Antwort der Verwaltung lautete über viele Jahre: kein neuer Stand.

Als ich im Herbst 2003 die Angelegenheit schließlich auf die Tagesordnung des Hauptausschusses setzte, lautete dann die überraschende Antwort, dass diese Angelegenheit schon im Jahr 2000 für die Gemeinde negativ entschieden worden sei. Die Gemeindeverwal-

tung hatte sich mit dieser Angelegenheit offenkundig über Jahre und trotz regelmäßiger mündlicher Anfragen in der Gemeindevertretung nicht befasst.

Fazit hier: Für einige Betroffene konnten einige Folgen der Rückübertragung gemildert werden. Aus den Verhältnissen des Landes vermochten wir freilich nicht auszusteigen.

Gewerbegebiet

Wer heute zum Einkauf ins Floraland fährt, sieht dem Gewerbegebiet die heftigen Kämpfe der Vergangenheit nicht an. Nach dem Einbiegen von der Neuenhagener Chaussee folgt der gut ausgebauter Parkplatz und der Einkauf kann beginnen.



Die Verwaltung und eine Mehrheit in der Gemeindevertretung in den frühen 90er Jahren wollten völlig andere Verhältnisse. Die Spuren kann besichtigen, wer beim Besuch des B-1-Centers noch um die Ecke fährt, um zu parken. Er landet in den Rudimenten einer aus dem Nichts kommenden und im Nichts endenden mehrspurigen Prachtstraße. Die sollte einmal das standesgemäße Entree für die Einfahrt nach Schöneiche werden – weiter über für den Gartenbaubetrieb lebenswichtige Grundstücksteile, durch den Märchenwald bis zu einem am Pyramidenplatz geplanten Verkehrsknoten.

Nur war die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Es wurde schlicht vorausgesetzt, dass Schöneiche die Kreuzung mit der B 1 mal eben ein paar hundert Meter verschieben kann. Das Geld wurde verbaut, die Kreuzung blieb aber wegen der Widerborstigkeit des Landesstraßenamtes und der Nachbargemeinde wo sie war und heute noch ist.

Damit war für die Betriebe auf dem alten Flora-Gelände eine andere Gefahr im Verzuge. Die nutzen noch die zu DDR-Zeiten errichtete Einfahrt und sollten wegen der davon ausgehenden „Gefahr für den Straßenverkehr“ schlicht abgehängt werden.

Die Verantwortung dafür wurde dem Landkreis zugeschoben. Deshalb fragte ich zur Sitzung des Kreistages am 26. 11. 2002 den Landrat: „*Der Fraktion der PDS liegen Informationen vor, nach denen in Schöneiche bei Berlin die Existenz von rund 30 Firmen aus bauordnungsrechtlichen Gründen zum Stichtag 31. 12. 2002 akut gefährdet ist. Es soll dazu entsprechende Schritte des Bauordnungsamtes des Landkreises gegeben haben.*

Wir fragen Sie daher ... Welche Schritte des Landkreises und der Gemeinde sind aus Ihrer Sicht möglich/erforderlich, um den Firmen eine Existenzmöglichkeit zu geben und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten?“

Danach dauerte es nicht mehr lange, bis für die Zufahrt zum Flora-Gelände eine passable Lösung gefunden wurde. Auch die Bäume – deren Schutz lange der Vorwand gegen den Ausbau der Einmündung war – konnten stehen bleiben.

Ein wenig rechne ich mir diese Lösung schon an.

Zufahrt zu den Wohnblöcken an der Berliner Straße



Es war schon ein übles Stück, als 2013 den Bewohnern der Wohnblöcke in der Berliner Straße quasi über Nacht die Zufahrt zu ihren Aufgängen gesperrt wurde. Der damalige Bürgermeister hatte „brandschutzrechtliche“ Erfordernisse entdeckt und entsprechende Schilder anbringen lassen. Das Problem: Noch heute wohnen Menschen in diesen Wohnungen, die bei deren Fertigstellung zu Anfang der 1970er Jahre dort eingezogen waren. Mittlerweile in ein Alter gekommen, in dem manche Verrichtungen des täglichen Lebens nicht mehr so leicht fallen, wehrten sie sich mit einer Petition. Die Gemeindevertretung folgte ih-

rem Anliegen und beauftragte den Bürgermeister, eine entsprechende Lösung zu finden. Der dachte jedoch gar nicht daran und bestätigte der Gemeindevertretung als Fazit eines längeren Schriftsatzes: „Eine Umsetzung der in der Petition enthaltenen Forderungen mit den jetzigen baulichen Gegebenheiten ist rechtlich nicht zulässig.“ Das im Gegensatz zu dem ihm erteilten eindeutigen Auftrag stehende Papier sollte in der Gemeindevertretung beschlossen werden, ohne den Gemeindevertretern die Möglichkeit für eine Beratung zu geben.

Die Gemeindevertretung folgte meinem Antrag, das Ganze nochmals in die Ausschüsse zu verweisen. In der folgenden Sitzung hat dann eine respektable Mehrheit das Anliegen der Petition durchgesetzt.

Schule

Mir fallen noch viele Auseinandersetzungen ein. Da ging es auch um die Entwicklung der Schulen. Ich habe nicht vergessen, mit welcher Arroganz mein Vorschlag zurückgewiesen wurde, die damalige Gesamtschule in der Prager Straße um einen Grundschulteil zu erweitern und für Schüler ab der ersten Klasse zu öffnen.

Oder wie es meinem Vorschlag erging, zur Sicherung einer weiterführenden Schule mit Woltersdorf zu kooperieren. Da kam es sogar zu Gesprächen. Mir wurde jedoch schnell klar: Kommunalen Egoismus lief von beiden Seiten nur darauf hinaus, den Anderen zum eigenen Nutzen über den Tisch zu ziehen. Nun haben beide keine weiterführende öffentliche Schule und beklagen sich bitterlich.

Auch weil wir in Schöneiche ohne weiterführende Schule dastehen, habe ich über Jahre um die Erringung und um die Verteidigung einer kostenfreien Schülerbeförderung im Landkreis Oder-Spree gekämpft. Die ist im Land Brandenburg nicht selbstverständlich. Sie erreicht und bisher erfolgreich verteidigt zu haben, halte ich für einen meiner größten kommunalpolitischen Erfolge.

Senioren

Im März 1996 stellte ich fest, dass die Menschen im damaligen Altenheim in der Wittstockstraße von der Verwaltung zur Sanierung des Haushaltes missbraucht wurden. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Heimes bezogen zu einem großen Teil Taschen-

geld, d. h., sie mussten ihre gesamten Vermögensverhältnisse offen legen.

Ihre Lebensverhältnisse wurden damit entscheidend von den Gegebenheiten im Heim bestimmt. Unter diesen Umständen war es ein Skandal, dass die Gemeinde aus diesem Heim über Jahre Gewinne in fünf- bis sechsstelliger Höhe im Haushalt eingestellt hatte. Danach war damit Schluss. Auch ein kleiner Erfolg.

Formales

Zu Anfang sind wir häufig über unsere Unkenntnis der Rechtslage gestolpert. So besetzte die SPD über lange Jahre alle der Gemeinde zustehenden Sitze in Aufsichtsgremien von Unternehmen. Die Verwaltung hatte dazu nichts zu sagen, die SPD letztlich nur Spott. Das änderte sich erst, als ich in der Gemeindevertretung am 19. 6. 1996 auf die Rechtswidrigkeit dieser Anmaßung aufmerksam machte. Seither erfolgt die Entsendung von Gemeindevertretern in Unternehmen nach dem gesetzlichen Verfahren. Die gegenüber den damaligen Minderheitsfraktionen von PDS und CDU praktizierte Arroganz war dann der Stoff, aus dem nach den Wahlen 1998 eine Zählgemeinschaft der PDS mit der CDU erwuchs. Es war diese Zählgemeinschaft, die eine ganze Wahlperiode lang alle Versuche abwehrte, die Gebühren in den Kindertagesstätten der Gemeinde zu erhöhen. Schon dafür hat sie sich gelohnt.

Antifaschismus

Um den 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gab es im Lande eine heftige Diskussion zu



diesem Thema. In der Gemeindevertretung war die Befreiung kein Streitthema zwischen den Fraktionen/Parteien. Mein Antrag, den Platz des sowjetischen Ehrenmals als „Platz des 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung“ zu benennen fand eine große Mehrheit.

Freilich gab es auch Auseinandersetzungen. So zum Beispiel um den Faschisten und Heimatforscher Felix Havenstein. Um den Heimatforscher nicht zu beschädigen, wurde seine Nazivergangenheit zunächst gelehnet, dann zu einer von mehreren Meinungen umqualifiziert. Erst nachdem ich im Bundesarchiv die PG-Nummer ergründet und einige seiner Arbeiten aus der SS-Zeitschrift „Odal“ ermittelt hatte, hörte dieser Spuk auf.

Die Polizei

Eine Zeit lang gingen Meldungen über Morddrohungen gegen den Bürgermeister von Schöneiche durch die Presse. Meine kommunalpolitische Tätigkeit qualifizierte mich offenbar in den Augen spießbürgerlicher Kleingeister zum Verdächtigen. Und so tauchte die Polizei zwecks Vernehmung und erkennungsdienstlicher Behandlung bei mir auf. Ich habe das als Ritterschlag für einen Kommunalpolitiker begriffen, dem nicht beizukommen war. Dem folgte eine Einladung des Bürgermeisters zu einer Ehrung als Kommunalvertreter. Da konnte ich nur antworten:

Meine kommunalpolitische Tätigkeit hat mir in jüngerer Vergangenheit eine erkennungsdienstliche Behandlung durch die Polizei eingetragen.

Was immer der Anlass oder der Zweck dieser Übung war – weitere Ehren aus Ihrer Hand benötige ich nicht. Da halte ich es mit Erich Kästner:

*„Was auch immer geschieht:
Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man
auch zieht,
auch noch zu trinken!“*

Erfolge und Niederlagen gehören zur Bilanz dieser 25 Jahre Kommunalpolitik. Aber immer Kampf und niemals Resignation und Unterwerfung. Lassen wir es dabei, auch wenn sich die Zeiten ändern und neue Fragen anstehen.

*Dr. Artur Pech, Schöneiche,
Mitglied der Gemeindevertretung,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree
Fotos: Dr. Artur Pech*

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree

■ November 2018

Wahljahr 2019 auf allen Ebenen in Vorbereitung

Wahlvorbereitungen haben es in sich: Vieles muss sorgfältig vorbereitet werden. So müssen für die Aufstellung der Direktkandidaten zur Landtagswahl 2019 in den Wahlkreisen formal korrekt Versammlungen einberufen und durchgeführt werden. Die Unterlagen müssen stimmen, damit es keine böse Überraschung gibt. Die Durchführung von vier Wahlkreisversammlungen zur Aufstellung der Direktkandidatinnen und -kandidaten, zwei davon in Abstimmung mit unseren Nachbarkreisen MOL und LDS, hat den Kreisvorstand und die Kreisgeschäftsstelle in den letzten Wochen auf Trab gehalten. Mehr als einmal gab es Fragen zum Verfahren zu klären, die uns kurzzei-

tig die Schweißperlen auf die Stirn getrieben hatten. Nun ist der erste Schritt geschafft. Wir haben unsere vier Direktkandidatinnen und -kandidaten, mit denen wir in den Wahlkampf starten können, dieses Mal sogar alle aus LOS stammend.

Zeitlich näher als die Landtagswahl liegt die Kommunalwahl. Während in den Ortsverbänden an den kommunalen Wahlprogrammen gefeilt wird, passiert das auch auf Kreisebene, wo derzeit eine Arbeitsgruppe des Kreisvorstands den ersten Entwurf erstellt, der auf der Gesamtmitgliederversammlung am 24.11. in Fürstenwalde vorgestellt wird. Potentielle Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag werden angesprochen, Schwer-

punktthemen diskutiert und mögliche Initiativen dazu überlegt.

Wie einigen sicher aufgefallen war, gab es Probleme bei der Aktualisierung der Webseite, die mit der Umstellung auf ein neues grundsätzliches Update unseres „linken CMS“ (Internetprogramm) zu tun hatten. Hier wird nun fleißig daran gebastelt, um unser Online-Medium für den in einem halben Jahr anstehenden Kommunal- und Europawahlkampf fit zu machen.

Neben den vielen organisatorischen Fragen der Wahlvorbereitung beschäftigte den Kreisvorstand auch die aktuelle Politik im Land, vorrangig die Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes, die wir größtenteils sehr kritisch sehen.



von **Julia Wiedemann**,
Woltersdorf,
Vorsitzende
DIE LINKE
Oder-Spree

Foto: DIE LINKE

■ Landtagswahl am 1. September 2019

Mirko Böhnisch und Astrid Böger als weitere Direktkandidaten für Oder-Spree aufgestellt



Am 3. November trafen sich die Mitglieder der Linken aus dem östlichen Teil des Landkreises in den Räumen ihrer Geschäftsstelle, um

den Mirko Böhnisch als ihren Direktkandidaten für die Landtagswahl am 1. September 2019 aufzustellen. Der Parteilose erhielt 100 Prozent der Stimmen. Er möchte nun die Menschen im Wahlkreis 29 (Städte Eisenhüttenstadt und Friedland sowie die Ämter Brieskow-Finkenherd, Schlaubetal und Neuzelle) für seine Ideen zur zukünftigen Entwicklung der Region gewinnen.

Mirko, 49 Jahre alt, ist in Eisenhüttenstadt geboren und aufgewachsen. Er lernte bei der EKO Stahl AG den Beruf des Metallur-

gen für Walzwerktechnik und arbeitete nach einer Umschulung als Hotelfachmann. Seit 1996 ist er wieder bei Arcelor Mittal im Kaltwalzwerk im Schichsystem beschäftigt.

Politisch ist er kein unbeschriebenes Blatt. Den Parteimitgliedern ist er schon seit langem als Sohn der verstorbenen LINKE-Politikerin Helga Böhnisch bekannt, die viele Jahre die Region politisch in Eisenhüttenstadt, im Landkreis und im Landtag vertreten hatte. Durch den politischen Einsatz seiner Mutter hat über viele Jahre hinweg einen Einblick in diverse politische Themen erhalten.

Zu einer Kandidatur bewegt ihn vor allem, die Spaltung innerhalb unserer Gesellschaft zu überwinden und Vertrauen in politische Prozesse zurückzugewinnen. Böhnisch will sich stark für die sozialen Belange einsetzen, um den wachsenden Herausforderungen besonders in den Bereichen Pflege, sowie gesundheitlicher und sozialer Infra-

struktur mit tragfähigen und würdevollen Lösungen zu begegnen.

Der Eisenhüttenstädter setzt sich für eine Stärkung der Wirtschaftskraft ein, was neben der Ansiedlung von Unternehmen auch ein anständiges Auskommen für die Werk tätigen und Erwerbslosen erfordert. Aus seiner Sicht ist mit Umständen wie unter Hartz IV, ausufernder Leiharbeit und ausbeuterischen Löhnen kein Sozialstaat zu machen.



Eine Woche später, am 10. November, trafen sich die Mitglieder der LINKEN im Kinder- und Erholungszentrum am

Hölzernen See, um über die Frage der Direktkandidatur im Wahlkreis



von **Christopher Voß**,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-Spree

Fotos: DIE LINKE

27 (Städte Königs Wusterhausen, Storkow sowie die Ämter Scharmützelsee, Spreenhagen und die Gemeinde Tauche) zu entscheiden.

Die Genossin Dr. Astrid Böger aus Bad Saarow setzte sich mit 24 zu 23 Stimmen knapp gegen Stefan Ludwig aus Königs Wusterhausen durch.

Die 51-jährige Wissenschaftsautorin kommt ursprünglich aus Berlin. Sie war verheiratet, hat ein Kind mit Handycap und arbeitet in Fürstenwalde in der beruflichen Weiterbildung.

Die studierte Informationswissenschaftlerin konnte unter anderem in Brüssel und Madrid Berufserfahrung sammeln. Dort hat sie

sich mit dem europäischen Recht und Strukturen der EU vertraut gemacht. Sie beriet Ministerien und Kommunen, war in der Industrie und bei kleinen und mittelständischen Unternehmen beschäftigt.

Den Wissenschaftsbetrieb kennt sie aus ihrer siebenjährigen Zeit als Juniorprofessorin für Zukunftstechnologien an der Brandenburgischen Technischen Universität. Dort arbeitete sie u. a. an dem Internet der Dinge oder neuen „smarten“ Produkten.

Als sachkundige Bürgerin im Kreisausschuss für Soziales und Gesundheit befasst sie sich bereits mit konkreten Herausforderungen in unserer Region und bringt sich

ehrenamtlich für ihren Ort Bad Saarow ein.

Aus der Sicht von Astrid Böger könnten mit einer konsequenten und vernetzten Einführung von Innovationen und neuen Technologien viele Herausforderungen im Land Brandenburg besser bewältigt und auch unsere Wissenschafts- und Bildungspolitik, unsere Arbeitswelt modernisiert und zukunftssicherer aufgestellt werden. Zudem fordert sie Investitionen in Millionenhöhe für Krankenhäuser, Kitas und Hortbetreuung, Frauenhäuser, Ausbildung von Altenpflegekräften, Hebammen oder auch ein grünes Straßennetz und ein „1000-Speicher-Programm“.

■ 17. November 2018

Neumitgliedertreffen 2018



von
Rita-Sybille Heinrich,
Erkner,
stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree

Fotos: DIE LINKE

Der Kreisvorstand lud am 17. November unsere neuen Mitglieder aus 2018 zu einer gemütlichen Runde in die Geschäftsstelle nach Fürstenwalde ein.

Der Einladung folgten fünf sehr diskussionsfreudige Genoss*innen, die sich gemeinsam mit unserem Kreisvorsitzenden Christopher Voß sowie den beiden Organisatorinnen Kerstin Labenz aus Müllrose und Rita-Sybille Heinrich aus Erkner über sie bewegende Themen austauschten. Dabei wurden die Gründe für Ihren Beitritt in DIE LINKE sehr deutlich.

Der 17-jährige Tobias Präkels aus dem Ortsverband Eisenhüttenstadt hatte klare Vorstellungen zu diversen Themen und bewies eine erstaunliche Sachkenntnis zu Problemen des ländlichen Raumes. Gemeinsam mit dem 35-jährigen David Manietta, ebenfalls Neumitglied aus dem Ortsverband „Hütte“, können sich die Genossen um die Ortsvorsitzende Heidi Wiechmann über den jungen Zuwachs freuen.

Auch aus Fürstenwalde kam mit Ronny Motzek ein neues Mitglied zum Treffen. Er sprudelte vor Ideen

und konnte in den Diskussionen kaum gebremst werden. Seine besondere Sorge gilt u. a. den benachteiligten Kindern aus armen Familien. Selbst Vater von zwei Kindern, treiben ihn Probleme von Hartz-IV-Familien um. Sie ließen ihn den Weg zur LINKEN finden.

Mit den Worten: „Ich war mir nicht so sicher, ob ihr eine 85-Jährige wieder in eure Reihen aufnehmt ...“, stellte sich Ruth Walter vor, die noch in Spreewerder wohnend den Antrag auf Mitgliedschaft stellte, aber inzwischen nach Frankfurt (Oder) verzogen ist. Sie suchte eine politische Heimat und brachte die Misere im ländlichen Raum für unsere ältere Bevölkerung auf den Punkt. Unzureichende und bisweilen keine ärztliche Versorgung, keine Einkaufsmöglichkeiten in den Dörfern und das Versagen von Pflegedienstleistungen veranlasste sie in die Oderstadt zu ziehen.

Komplett wurde die Runde mit Michael Voge, Stadtverordneter der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner, der seit dem Frühjahr 2018 Mitglied in der Partei ist und mit Ursula Paape gleich die Doppelspitze in der Basisorganisation Erkner, Gosen-Neu Zittau übernahm. Seine vielfältigen Interessen im gesellschaftlichen Zusammenspiel führten ihn zur LINKEN und machen den pensionierten Juristen zu einem gefragten Experten in Sachen Mieterschutz – er ist Vorsitzender des Mietervereins Erkner und Umgebung – sowie in Satzungsfragen, wie z. B. im Bereich Kita.

Allen fünf neuen Mitgliedern wünschen wir einen langen Atem und ein gutes Gelingen in ihrem Engagement für die so vielfältigen Themen und Ziele in unserer Gesellschaft.



Ronny Motzek, Christopher Voß (Kreisvorsitzender), Tobias Präkels, Ruth Walter, Michael Voges, David Manietta, Rita-Sybille Heinrich (stellvertretende Kreisvorsitzende)

Funkloch-App soll richten – weil Politik die Entwicklung verschlafen hat

In Sachen Mobilfunknetzabdeckung ist Brandenburg Entwicklungsland

Jeder, der bereits mit dem RE 1 von Erkner Richtung polnische Grenze gefahren ist und am Mobile arbeiten wollte, weiß: Es reiht sich Funkloch an Funkloch. Das ist indes nur das geringste Anzeichen für ein viel gewichtigeres Problem. Ist man vorbei, ist alles wieder gut ... Was aber ist mit den Menschen, die in der Digitalwüste leben und arbeiten? Warum ist es wichtig, dass gerade die ländlichen, auch unbewohnten Flächen vom Netz abgedeckt werden? Richtig: Nicht nur die Bahn- und Auto-Reisenden, sondern auch die Menschen die dort leben, brauchen die digitale Entwicklung. Sie ist längst bei den Traktoren auf den Feldern angekommen, sorgt für die Kommunikation der Bürger untereinander und mit Versorgern. Sie ist ebenso bei den Feuerwehren technische Grundlage eines jeden Einsatzes. Die hatten – wie bekannt – besonders im vergangenen Frühjahr und Sommer bei Waldbränden im Flächenland Brandenburg irrsinnig viel zu tun.

Funkloch-App zur Bespaßung der Bürger

Anfang November hat nun die Bundesnetzagentur eine App für die Handy-Systeme Android und iOS zur Mobilfunknetzabdeckung freigeschaltet. Die App erfasst in regelmäßigen Abständen, ob eine Netzabdeckung vorhanden ist und wenn, ob sie in 2G-, 3G- oder 4G-Technik gegeben ist. Die Bundesnetzagentur erhofft sich für 2019, im Ergebnis zu sehen, wo überall Funklöcher im Land vorhanden sind. Allerdings: Warum fragt sie nicht einfach die Telefongesellschaften nach der Reichweite ihrer Funkmasten, die es für eine Netzabdeckung in der Fläche braucht? Dann wüsste auch sie, wo überall Nachholbedarf besteht. Die Gesellschaften wollen aber nicht raus mit ihren Daten, sich nicht in ihre Bücher gucken lassen! Den kapitalistischen Unternehmen geht es nicht darum, dem Gemeinwohl zu dienen und flächendeckendes Internet anzubieten. Sie wollen möglichst hohen Gewinn erzielen. Was das auch nur vielleicht in Frage stellen

könnte, ist von Übel, wird nicht bedient. Denn die Konkurrenz schläft nicht. Das ist bekannt! Und überhaupt ... Geschäftsgeheimnis ist Geschäftsgeheimnis!

Fazit: Der Kunde wird in die Verantwortung gezogen

Da sich die Bundesnetzagentur gegenüber den Providern nicht durchsetzt, sollen es nun die Kunden richten. Also lässt man sich von denen die Funklöcher melden – und bekommt nebenbei auch noch die Bewegungsprofile der Bürger. Die App-Nutzer teilen die Daten zur Netzabdeckung der Netzagentur mit. Sie geben aber gleichzeitig ihren Standort an. Und das freiwillig und einer guten Sache wegen. Obwohl das ganze Verfahren unnötig ist. Und natürlich beteuert die Bundesnetzagentur: Datenschutz? Datenschutz ist gegeben!

Die App hätte man sich also bei genügend politischem Willen sparen können. Wer flächendeckende Versorgung haben möchte, darf die Verpflichtung der Netzbetreiber, die Netzabdeckung zu gewährleisten, nicht den Konsumenten übertragen. In anderen Ländern wird der Versorgungsauftrag mittels Gesetz, Verordnungen und entsprechenden Auflagen geregelt. Nicht so in Deutschland: Hierzulande geht man den Weg des geringsten Widerstands. Der technisch unkundige Konsument, der Bürger, sorgt mit seinen Daten für das Wissen der Netzagentur – und trägt so an der Verantwortung mit, sollte es mit der Netzabdeckung da oder dort doch nicht so gut klapfen. Die Mobilfunkunternehmen sind jedenfalls ihre Verantwortung los. So bleibt die App nur ein Tropfen auf den heißen Stein und dient gleichzeitig der Beruhigung der betroffenen Bürger. Man kann nur hoffen, dass bei der Ausschreibung um 5G politisch klüger agiert wird.

Nebenbei gesagt, der Brandenburger Landesregierung sind die Funklochdaten vermutlich längst bekannt. Die CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag hat 2017 einen Funklochmelder im Internet eingerichtet: www.funkloch-brandenburg.de.

burg.de. Über 23 000 Funklöcher sind dort schon für Brandenburg gemeldet.

Blick über den Tellerrand – zwei Beispiele

Die österreichische Bundesbahn bietet in ihren Zügen gratis WLAN im Nah- und Fernverkehr. Ohne Registrierung und Komplikationen. Auch in der U-Bahn in Berlin ist laut Provider demnächst sogar LTE-Empfang möglich. Dahinter steckt natürlich ein Nutzen für die Netzanbieter: Es lohnt sich wegen der vielen Menschen, der vielen Netzwerkverbindungen und der vielen Werbung. Das bedeutet Profit.

In der Fläche Brandenburgs ist es da schon viel schwieriger. Funkmasten rentieren sich dort erst nach längerer Zeit. Also ist man als Mobilfunkbetreiber zögerlich und nimmt in Kauf, dass eine informationelle Zweiklassen-Gesellschaft entsteht. Noch ist Brandenburg in dieser Hinsicht Entwicklungsland. Solange heißt es beim Blick aufs Mobile: Kein Netz. Fehlender Empfang, Telefonate, die zwischendrin abreißen oder wegen geringer Datenraten kein mobiles Internet besteht.

Lösungsmöglichkeit: Lokales Roaming

Eine Lösung für das Funkloch-Problem in der Fläche wäre lokales Roaming. Was bedeutet das? Jeder von uns ist mit seinem Mobile bei einem Telefonprovider (Vodafone, Telekom etc.) registriert. Sobald wir uns per Zug, Auto usw. bewegen, haben wir nicht selten über den Provider (z. B. Vodafone) keine Verbindung. Also Funkloch! Der Kunde eines anderen Providers (z. B. Telekom) hat aber zu unserem Erstaunen Internet oder telefoniert fröhlich weiter ... Technisch ist das gar kein Problem: Der eine Provider hat seinen Funkmast in erreichbarer Nähe, der andere nicht. Und da liegt auch die Lösung des Problems: Verbindet man die Netze der Provider bei Bedarf (oder nutzen sie den Funkmast gemeinsam, wär ja auch eine Idee ...), kann also der Nutzer des einen Netzes das andere nutzen, ist schon viel erreicht. Das Verfahren nennt man



von
Franziska Schneider
 Erkner,
 Mitglied im Vorstand DIE LINKE
 Erkner, Gosen-Neu Zittau;
 Direktkandidatin im Wahlkreis 31
 (Neuenhagen, Hoppegarten, Schöneiche, Woltersdorf, Erkner) für die Landtagswahl am 1. September 2019;
 Foto: Spreebote



Foto: R_K_B_by_andi-h_pixelio.de

„roamen“. Ich könnte also für die Zeit, während mein Provider keine Verbindung hat, zu jenem Provider switschen, der dort präsent ist. Das ginge automatisch und sobald der eigene Provider wieder erreichbar ist, wird dorthin zurückgesprun-

gen. So wäre eine Reihe von Funklöchern überhaupt nicht existent. Das wäre eine politische Lösung und würde die Verantwortung wieder bei den Telefongesellschaften und nicht bei den Bürgern ansiedeln. Und es setzt die Bereitschaft

der Mobilfunkunternehmen voraus, auch den Kunden eines anderen Mobilfunkers zu unterstützen und zu bedienen. Ob das allerdings von den Mobilfunkunternehmen gewünscht ist?

Kuba im 60. Jahr des Sieges der Revolution

Am 1. Januar 1959 verkündete Fidel Castro in Santiago de Cuba den Sieg der Revolution. Wir informieren über die aktuelle Verfassungsdiskussion, die Auswirkungen der fast 60-jährigen Blockade der USA und die Solidarität der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei DIE LINKE.

■ Über 7 Millionen Kubaner haben sich bereits an Verfassungsdiskussion beteiligt

Von Marcel Kunzmann, amerika21

Havanna. Die laufende Volksaus-sprache über Kubas neue Verfassung geht in ihre letzte Phase. Bisher haben sich mehr als 7,37 Millionen Kubaner an der Debatte beteiligt, die noch bis zum 15. November läuft. Auf diese Weise kamen so bereits rund 660 000 Änderungsvorschläge zusammen, wie die Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtet. Zu den umstrittensten Themen in der Debatte zählen neben der Schaffung der Grundlagen für die gleichgeschlechtliche Ehe auch die Einführung von Amtszeitbeschränkungen in den Spitzenämtern von Staat und Partei.

Von den 755 Einzelabschnitten, aus denen sich der im Juli veröffentlichte Verfassungsentwurf zusammensetzt, blieben lediglich acht ohne jeden Änderungswunsch.

„Die Bevölkerung war bei dieser Diskussion kein Zuschauer, sondern hat sich aktiv an der Debatte beteiligt“, erklärte der kubanische Verfassungsrechtler und Staatssekretär Homero Acosta im Fernsehen. Dabei habe es zahlreiche wertvolle Beiträge gegeben, welche bei der anstehenden Überarbeitung des Textes berücksichtigt werden. „Keiner der Vorschläge wird vergessen werden. Wir können zwar nicht alle integrieren, werden jedoch jede Idee prüfen. Alles, was den Text robuster macht, ist von Wert“, so Acosta.

Laut dem vorläufigen Bericht wurden bei den mehr als 111 800

Diskussionsrunden, welche seit dem 13. August in Betrieben und Wohnvierteln stattfinden, bisher 560 000 Änderungsvorschläge, 27 238 Ergänzungen, 38 505 Streichungen und 33 781 Rückfragen zusammengetragen. Während manche Vorschläge dabei tausendfach formuliert wurden, seien andere wichtige Beiträge nur einmal vorgebracht worden. Bei der Analyse der Vorschläge, welche mit einer von Kubas Informatikuniversität UCI eigens entwickelten Software durchgeführt werden soll, gehe es daher sowohl um die quantitative als auch um eine qualitative Auswertung der Daten.

Bisher zeichnete sich ab, dass in erster Linie die sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen auf großen Wiederhall stießen. Vor allem das Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe hat sich in Bezug auf die Anzahl der eingebrachten Vorschläge hervorgetan. Wie kubanische Medien in den vergangenen Wochen berichteten, wurde vor allem diese Debatte teilweise sehr polemisch geführt. Während in manchen Versammlungen die Mehrzahl der Teilnehmer eine mögliche Öffnung der „Ehe für alle“ strikt ablehnten, kämpft Kubas LGBT-Community (LGBT ist eine aus dem englischen Sprachraum kommende Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender, also Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender – Red. Widerspruch) bereits seit vielen

Jahrzehnten für diesen Schritt. Präsident Miguel Díaz-Canel erklärte in seinem ersten Fernsehinterview mit dem lateinamerikanischen Nachrichtensender Telesur im Sommer, dass er diese Neuerung in dem Text unterstütze. In der bisherigen kubanischen Verfassung wird die Ehe als Bund „zwischen Mann und Frau“ definiert, wohingegen der Entwurf lediglich von „zwischen zwei Personen“ spricht.

Darüber hinaus wurden auch die Paragraphen zu den vorgeschlagenen Amtszeitbeschränkungen, zur Ernennung der Gouverneure, zum Recht auf eine würdige Unterkunft sowie zum Recht und zur Pflicht auf Arbeit mit vielen Diskussionsbeiträgen bedacht. Auch das Alterslimit von höchstens 60 Jahren für den Präsidenten bei Amtsantritt befindet sich in der Liste der meistdiskutierten Paragraphen. 81 Prozent der eingegangenen Vorschläge wurden bereits ausgewertet. In einem nächsten Schritt wird die Redaktionskommission unter Vorsitz des KP-Generalsekretärs Raúl Castro ab dem 15. November ihre Arbeit wieder aufnehmen, um die finale Version des Textes herzustellen. Über sie soll dann im Rahmen eines landesweiten Referendums entschieden werden, welches für Februar 2019 angesetzt ist. Die neue Verfassung soll den bisherigen Text ablösen, welcher 1976 verabschiedet und 1992 und 2002 zuletzt revidiert wurde.

Quelle:
<https://cubaheute.de/2018/11/06/ueber-7-millionen-kubaner-haben-sich-bereits-an-verfassungsdiskussion-beteiligt/>,
veröffentlicht am
6. November 2018

■ Warum ich niemals müde werde zu fordern „Schluss mit der Blockade“!

von
Justo Cruz,
Koordinierungsrat
der AG Cuba Sí,
(Übersetzung Mi-
riam Näther, Koor-
dinierungsrat der
AG Cuba Sí)

Vor einigen Jahren rief unsere Solidaritätsorganisation Cuba Sí eine Sonderspendenkampagne ins Leben, um Spenden zu sammeln für den Kauf eines Bulldozers. Ziel war der Zuchtbetrieb Valle del Perú in der Provinz Mayabeque. Dort sollte das schwere Gerät beim Kampf gegen den Dornenstrauch Marabú zum Einsatz kommen, der in Kuba noch weite Gebiete zugewuchert hat.

Ein Bulldozer gegen Marabú

Die Kampagne wurde ein großer Erfolg: In weniger als drei Monaten kamen die benötigten 160 000 Euro zusammen. Nun stellte sich die spannende Frage, wie wir eine Firma ausfindig machen könnten, die bereit war, uns ein solches Gerät zu verkaufen – eigentlich ein ganz normaler Vorgang in einem kapitalistischen Land, aber nicht, wenn es um Kuba ging.

Schließlich fanden wir ein Unternehmen in einem südamerikanischen Land. Der Bulldozer sollte eigentlich vier Wochen nach dem Kauf in Kuba ankommen. Doch aufgrund der „Verordnungen“ der US-Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade konfiszierte das US-amerikanische Finanzministerium 60 000 Euro der ersten Rate des Kaufvertrags, die per Überweisung an die Firma bezahlt worden war.

Nach langem Kampf der chilenischen Firma erhielt diese das konfiszierte Geld zurück. Doch die Auswirkungen des Verstoßes gegen die Blockadebestimmungen waren verheerend – das Unternehmen sah sich gezwungen, seinen Namen und seinen Geschäftssitz zu ändern.

Die Suche nach einer Reederei, die bereit war, unseren Bulldozer nach Kuba zu transportieren, erwies sich als eine fast fünf Monate währende Odyssee. Später erfuhr wir, dass der Bulldozer in fast allen Häfen der Karibik umgeladen worden war. Er erreichte endlich Kuba, als sich eine Delegation unserer Organisation gerade zur Internationalen Buchmesse in Havanna aufhielt. Wir konnten es nicht glauben, dass es nun endlich soweit sein sollte. Umgehend setzten wir alle nötigen Hebel in Bewegung, um ihn im Hafen auszulösen. Als wir dort eintrafen, for-

derte der Kapitän des Schiffes eine astronomische Summe von uns für die Übergabe der Fracht. Er habe nicht gewusst, dass er nun mit seinem Schiff aufgrund der Blockadebestimmungen sechs Monate lang keinen US-amerikanischen Hafen mehr anlaufen dürfe, weil er „Handel mit dem Feind“ betrieben habe. Und eigentlich ging es doch nur um einen Bulldozer zur Bekämpfung des Marabú.

Cuba Sí unter US-Blokadezwang

Dies ist nicht die einzige schlechte Erfahrung, die Cuba Sí mit der Blockade gesammelt hat, die nicht nur die Menschenrechte des kubanischen Volks verletzt, sondern auch die Rechte der Bürger, Unternehmen und Banken in Drittstaaten.

In Deutschland wurden die Bankkonten von Einzelhändlern eingefroren, weil sie kubanische Produkte wie Honig, Kaffee oder Rum verkauften. Kubanischen Staatsbürgern, die in Deutschland leben, war es unmöglich, einen Vertrag mit einer US-amerikanischen oder in den USA tätigen deutschen Firma einzugehen, um z.B. ein Hotel zu buchen oder eine Kreuzfahrt zu unternehmen.

Das „Verbechen“, was dabei begangen wird, ist immer dasselbe: Träger der kubanischen Staatsbürgerschaft zu sein. Als die Rolling Stones in Berlin ihren Dokumentarfilm über das Konzert in Havanna zeigen wollten, wurde allen Fans, die eine Eintrittskarte mittels Banküberweisung bezahlten und als Verwendungszweck „Konzert in Havanna“ angaben, der Betrag konfisziert.

Die Reederei, mit der Cuba Sí mehr als 20 Jahre lang Container mit Sachspenden nach Kuba geschickt hatte, teilte uns mit großem Bedauern mit, dass sie die Zusammenarbeit einstellen müsste. Als Tochter eines US-Unternehmens sei es ihr nicht mehr möglich. Bei einer anderen Gelegenheit wurde uns eine Überweisung für den Kauf von Autoersatzteilen eingezogen, weil wir den Fehler begingen, im Verwendungszweck „Projektfahrzeug Guantanamo“ für unser Milchprojekt in der gleichnamigen Provinz zu vermerken.

Für unsere Organisation Cuba Sí wird es täglich schwieriger, Käufe benötigter Ausrüstung für unsere Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im kubanischen ländlichen Raum zu tätigen, denn die Protagonisten der Blockade nutzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel. Meistens sind wir gezwungen, Schwierigkeiten dieser Art nicht publik werden zu lassen, um Partner nicht einem Risiko für ihre weitere Geschäftstätigkeit auszusetzen, die Mittel und Wege finden, sich nicht dem Diktat der USA zu unterwerfen.

Dank Cuba Sí lernte ich Carlos Landrove kennen, einen kubanischen Jungen von fünf Jahren, der seit mehr als 12 Monaten im Nationalen Institut für Onkologie und Radiobiologie in Havanna gegen Krebs behandelt wird. Allein in dieser kubanischen Einrichtung werden 300 bis 400 kubanische Kinder kostenlos behandelt, die an dieser schmerzhaften Erkrankung leiden. Zur Behandlung sind modernste Technologien und Medikamente nötig sowie erhebliche materielle Aufwendungen, die in Kuba aufgrund der unmenschlichen und ungerechten Blockade immer teurer werden. Oftmals sind die benötigten Mittel für Kuba schlichtweg nicht beschaffbar, auch wenn das Geld für den Kauf da wäre.

Verstehen Sie jetzt, warum die jungen kubanischen Diplomaten der US-Delegation und ihren Marionetten die Leviten lasen, als sich diese im Sitzungssaal des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO erdreisteten, ein antikubanisches Spektakel zu inszenieren und Kuba



Cuba Sí-Aktivisten übergaben am 17. Februar 2011 den Bulldozer im Projekt in Rosafé, Foto: Cuba Sí

angeblicher Verstöße gegen die Menschenrechte beschuldigten?

Warum erzähle ich all das?

Ich habe zahlreiche Artikel gelesen, in denen die Autoren all das Negative auflisten, was der kubanischen Gesellschaft schadet, und erst am Ende dieser Listen erscheint die Blockade. Zuvor tauchen in diesen Aufzählungen Dinge auf wie „in Kuba darf niemand mehr als ein Haus oder zwei Autos besitzen“. Mit Verlaub – ein Haus und zwei Autos, ich dachte bislang stets, dass in Kuba die Menschen andere Sorgen hätten.

In einigen Tagen wird in der UNO wieder die Abstimmung stattfinden über die „Dringlichkeit, die von den USA über Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade abzuschaffen“. Dann wird es auch wieder Artikel geben, die die tatsächlichen Auswirkungen dieser kriminellen Blockade herunterspielen oder relativieren, um das Abstimmungsverhalten zu beeinflussen.

Ich werde niemals ruhen, die Blockade zu verurteilen, die dem kubanischen Volk soviel Schaden zugefügt hat, und vor allen in jenen Momenten nicht, in denen scheinbar Stimmungen und Tendenzen auftauchen, die vorgeben, dass die von den USA gegen Kuba verhängte

Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade nicht das allergrößte Hindernis für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft darstelle.

Die kubanische Gesellschaft ist nicht perfekt

Das wissen wir alle. Wir kennen die Probleme bei der Versorgung mit Wohnraum, die unzureichenden Renten und Löhne. Es stimmt, dass die Löhne und Renten nicht ausreichen, doch wenn wir über niedrige Löhne und Renten

sprechen, dann muss man jenen, die die Auswirkungen der Blockade negieren oder herunterspielen, auch entgegenhalten, dass die breite Mehrheit des kubanischen Volkes keine Miete für ihren Wohnraum bezahlen muss und die Grundversorgung mit Wasser, Strom und anteilig Lebensmitteln subventioniert wird und dass die medizinische Versorgung und die Bildung kostenlos sind. Mir ist klar, dass kostenlose Gesundheit und Bildung immer wiederkehrende Argumente sind, aber es sind unleugbare Tatsachen. Man muss in einem kapitalistischen Land leben, um zu verstehen, wie wertvoll solche Realitäten sind.

Ich, der ich nicht in Kuba lebe, weiß, dass in meinem Land viele Leute materielle Werte angehäuft haben durch Tätigkeiten, die einer nur geringen Qualifizierung bedürfen, was kein Vergehen darstellt, solange alles offiziell im Rahmen des Erlaubten passiert. Natürlich bin ich der Ansicht, dass die kubanische Regierung ihr Steuersystem verbessern soll und wie in allen anderen Ländern der Welt üblich auch jene strafverfolgen muss, die ihre Steuern nicht zahlen. In allen Ländern der Welt ist es üblich, dass jedermann seine Steuern je nach Einkünften aus seiner Arbeit oder seinen Geschäften entrichtet. Es kann nicht sein, dass jene, die ein Restaurant führen, dieselben Steuern zahlen, ohne dass dabei die Gewinne jedes einzelnen berücksichtigt werden. Der deutsche Finanzminister ist inzwischen soweit, dass Geld bezahlt wird an Bankangestellte in bekannten Steuerparadiesen, damit diese Informationen liefern über deutsche Steuerhinterzieher, die größere Summen angelegt haben.

Es ist nicht logisch, dass einige Kubaner keine Steuern gemäß ihrer Einkünfte zahlen, damit letztendlich sowohl die Reichen als auch die Armen gleich und ohne Ausnahmen vom kostenfreien Gesundheits- und Bildungswesen profitieren. Das ist nicht gerecht. Es geht nicht darum, dass man Formeln entwickelt, um zu verhindern, dass Leute reich werden oder um eine angebliche Angst der Behörden gegenüber einer „Konzentration oder Anhäufung von Reichtümern“, aber man darf nicht verleugnen, dass eine der „Segnungen“ des Liberalismus einerseits in der ungebremsten Anhäufung von Reichtum und Werten einiger We-

niger besteht, und andererseits in der Konzentration von Armut auf Seiten vieler hundert Millionen Menschen.

Man darf „Reichtum“ nicht mit dem produzierten Wert verwechseln. Ist es normal, dass eine einzelne Person sich bereichert, indem sie ein Produkt zu höheren Preisen weiterverkauft? Laut des jüngsten Demografieberichts der Vereinten Nationen lag die Weltbevölkerung 2017 bei 7,5 Milliarden Menschen, und laut der britischen NGO Oxfam wurden 82 Prozent des in jenem Jahr verdienten Geldes von dem einem Prozent der reichsten Menschen der Welt generiert. Die Steuerhinterziehung, der Einfluss von Konzernen auf die Politik, die Aushöhlung der Rechte der Arbeiter und der Rückgang öffentlicher Ausgaben sind die Hauptbestandteile einer wachsenden Ungleichheit. Ist es das, was wir für Kuba wollen?

Herr Oberarzt blieb sprachlos

Vor einer Woche erhielt unsere Organisation eine Spende eines Krankenhauses des Deutschen Roten Kreuzes in Form von zehn Infusionspumpen und zehn Perfusions-spritzen, die in Kuba noch gut und gerne mindestens zwanzig Jahre eingesetzt werden können. Diese Spende hat einen Wert von rund 40 000 Euro. Während der Spendenübergabe wollte ein Oberarzt des Krankenhauses wissen, wieviel ein Patient in Kuba für eine Behandlung mit diesem Infusionssystem bezahlen müsse. Ihm blieb der Mund offenstehen, als ich ihm sagte, dass in Kuba die medizinische Behandlung kostenlos sei.

„Wie, kostenlos? Wer bezahlt denn die Behandlung, die Castros?“, fragte er mich misstrauisch. Ich wollte nicht ins Detail gehen und erklärte ihm, in Kuba wären die Dienstleistungen in Medizin und Bildung für alle Welt kostenlos, ohne Ausnahmen. „Aber wie kann ein Land wie Kuba mit solch bescheidenen wirtschaftlichen Möglichkeiten sich den Luxus leisten, solch hohe Kosten zu tragen?“, fragte er weiter. Ich sagte ihm, dass sei unumstößlicher politischer Wille des kubanischen Staates. Im Gegenzug fragte ich ihn dann, wieviel die Behandlung eines Patienten mit diesem Infusionssystem in einem deutschen Krankenhaus kosten würde. „Zwischen 1 000 und 1 500 Euro täglich“, entgegnete er.



2. November 2019, Generalversammlung der Vereinten Nationen: Mit 189 Stimmen, zwei Gegenstimmen und ohne Enthaltung wurde die Resolution „Notwendigkeit der Beendigung der wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade, die von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängt wird.“ zum 27. Mal in Folge angenommen. Zeichnung: Martirena

In diesem Moment war ich es, der sprachlos war.

Wenn ein kapitalistisches Land in eine Krise gerät, dann ist die erste Maßnahme, die sozialen Ausgaben zu kürzen. Während der schwersten Krise in der kubanischen Wirtschaft wurde nicht eine einzige Schule, nicht ein einziges Krankenhaus oder Poliklinik geschlossen. Niemand verlor sein Dach über dem Kopf, weil er die Miete nicht zahlen konnte und es gab keine Kürzungen im Gesundheitsbereich.

Wie ist es möglich, dass die kubanischen politischen Entscheidungsträger das erreichen können, was Kapitalisten nicht gelingt?

Diese Frage sollten sich auch jene stellen, die die Auswirkungen der Blockade relativieren. Ich für meinen Teil sage jedes Mal auf die Frage, welches die Gründe für die schwierige Entwicklung der kubanischen Gesellschaft sind, dass die Blockade an allererster Stelle steht, und dass an zweiter Stelle die Blockade kommt und an dritter Stelle ebenfalls die Blockade das größte

Hindernis darstellt und darüber hinaus wir etliche Dinge anders machen könnten, um ihre Auswirkungen abzumildern, so wie es uns mit dem Bulldozer gelungen ist.

Doch an jedem neuen Tag wird mir bewusster, wieviel glücklicher die Kubaner wären und wieviel mehr die kubanische Gesellschaft prosperieren würde, gäbe es die Blockade nicht mehr. Schafft sie endlich ab, und alle Zweifler werden sehen.

■ Solidarische Hilfe für kleine Patienten

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Ku-

bas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón González Coro“ sind heute deshalb veraltet oder defekt.

Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden. Schon im Mai dieses Jah-

res konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba schicken.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón González Coro“, Foto: Cuba Sí

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Sí
IBAN:
DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code:
BELA DE BE XXX
Verwendungszweck:
Kuba muss überleben

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí im Internet unter:
www.cuba-si.org

Anders, als ihr denkt: das „nd.DIE WOCHE“

Neue Wochenendzeitung von „neues deutschland“ mit neuem Konzept und großen Ansprüchen

Immer mehr Menschen greifen zu Wochenzeitungen, wenn sie sich in der guten alten Papierzeitung informieren. Mehr als in Tageszeitungen erwarten sie dort recherchierte Hintergrundinformationen, Analysen, Einordnungen und Erklärungen von aktuellen Vorgängen.

Gründlicher, als es in der Eile des Tagesjournalismus möglich ist, will deshalb die neue Wochenendausgabe hinter Fassaden der Politik und ihrer Akteure schauen, hinter die Wortkullissen, auf Vorgeschichten und Zu-

sammenhänge von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Debatten. „nd.DIE WOCHE“ heisst das neue Produkt aus dem Haus am Berliner Franz-Mehring-Platz 1. Sie ging am 20. Oktober an den Start. Leserinnen und Leser können künftig mehr selbst recherchierte Beiträge erwarten, mit genauen Beschreibungen der Situation, aus denen neue Erkenntnisse gewonnen und Debatten bereichert werden können.

Über Bürger wird oft geredet, aber viel zu selten mit ihnen. „nd.DIE

WOCHE“ will es anders machen und wird Menschen vorstellen, die politisch aktiv sind, die das, was Politiker entschieden haben, hautnah erleben. „Wir machen uns auf die Suche nach Konzepten für eine soziale, menschenfreundliche Gesellschaft und lassen kritische Sozial- und Geisteswissenschaftler zu Wort kommen. Eine linke, menschenfreundliche Politik braucht eine theoretische Basis – so wie die neoliberale Politik sich auf eine theoretische Basis stützen konnte und kann“, so Eva Roth,

die stellvertretende Chefredakteurin, in einem Beitrag an die Leserinnen und Leser von „nd“. Das was sie sich immer wieder wünschen: nichts Beliebiges, keine braven Artikel sondern Texte mit Biss. Voilà, hier kommen sie ... (nd)

dasND.de/ndWoche
dasnd.de/dertag

Zur Probe: 9 x „nd.DIE WOCHE“ für 9 EUR freihaus im Briefkasten:
dasND.de/ndWocheProbe

von
Hagen Weinberg,
Sprecher der SODI-
Gruppen entlang der
Oder

Frieden, Freundschaft, Solidarität – für Hilfe zur Selbsthilfe.

SODI hilft in Belarus

Liebe Leser*innen des „Widerspruch“, in einer Situation, die den letzten Jahren der Weimarer Republik ähnelt, in der die Bundesregierung die Rüstungsausgaben auf Milliarden steigert und Kriegsgelüste zur Ausweitung der Macht an Fahrt aufnehmen, ist nachhaltiges Wirken für Frieden und Freundschaft durch solidarisches Wirken ein wichtiger Beitrag.

Unsere SODI-Projektreise zu den von den Nachwirkungen der Tschernobylkatastrophe betroffenen Kindern in Belarus führte uns 2018 an unsere Patenschule in Otwerschtschi, Kreis Stolyn im Gebiet Brest.

Das Dorf Otwerschtschi befindet sich auf dem Territorium des Mankowitschier Exekutivkomitees. Das Dorf ist klein, aber liegt in einer schönen Landschaft, in der Nähe fließt der Fluß Goryn und es

gibt Wald. In Otwerschtschi leben 585 Menschen und im Dorf gibt es einen Rinderaufzuchtbetrieb. Da es im Dorf zu wenig Arbeitsplätze gibt, arbeitet die Mehrheit der Männer saisonal. Die lokalen Einwohner sind vorwiegend in der Landwirtschaft tätig, Geflügel-, Vieh- und Pflanzenzucht.

Das kombinierte Kindergarten- und Schulgebäude wurde im Jahr 1985 aufgebaut. Das Gebäude ist für 192 Schüler ausgelegt. Zurzeit gehen 48 Schüler in die Schule und 5 Kinder besuchen den Kindergarten.

An der Schule gibt es eine Schüler-Arbeitsgemeinschaft, die sich sehr intensiv mit den Nachfolgen der Tschernobyl-Katastrophe 1986 beschäftigt. Alle Kinder sind nach diesem GAU geboren und nach wie vor von diesem betroffen.

Am Tag unseres Besuches wurden alle 48 Kinder und die Teilnehmer*innen der Projektreise von BELRAD auf Verstrahlung gemessen. Alle Kinder hatten zuvor eine heilbringende Pektinkur absolviert. Die Werte waren sehr unterschiedlich. Sogar zwischen Geschwistern einiger Familien gab es größere Differenzen. Alles hängt mit den aufgenommenen Lebensmitteln zusammen. Wer hungert schon gern, was kann man sich in den Familien leisten?

An der Schule gibt es gesundes Mittagessen. Zu Hause wird gegessen, was im Garten wächst oder im Wald gesammelt wird. Auch diesmal waren es die Pilze, die die höchsten Verstrahlungswerte auswiesen, 21-fache Übersteigerung der zugelassenen Grenzwerte. Wer davon isst, ist verstrahlt.

In Otwerschtschi kommt dazu, dass durch Überschwemmungen Radioaktivität aus dem Boden ins Grundwasser geschwämmt wurde. Das Trinkwasser ist verseucht. Leider halten sich noch nicht alle Menschen an die von BELRAD herausgegebenen Ratschläge. Zum Teil ist es verständlich – frisches Wasser schmeckt doch viel besser (Radioaktivität ist geschmacklos) als 24 Stunden abgestandenes.

Die Schüler*innen der Arbeitsgemeinschaft geben sich viel Mühe, um zu Hause gute Aufklärungsar-

beit zu leisten. Anwesende Eltern bestätigten uns die Bemühungen ihrer Kinder. Es gibt auch Eltern, die ihre Kinder darin bestätigen und unterstützen. Allerdings gibt es auch Tendenzen, dass man anfängt, es zu verdrängen. Deshalb gilt es, der AG unter Leitung des Lehrers Mut zu machen, nicht nachzulassen in den Bemühungen, viele Lebensmittel auf Verstrahlung zu messen und Erkenntnisse in die Familien zu tragen.

In Gesprächen mit einigen von ihnen erzählten sie darüber. Alle haben Träume, alle wollen gesund sein und später mit ihren Familien im Dorf oder woanders in ihrem Heimatland tätig werden. Einige möchten Physiker oder Arzt werden, um solche Dinge wie atomare Kriege oder GAU (größter anzunehmender Unfall) wie in Tschernobyl oder Fukushima für die Zukunft auszuschalten.

Die Kinder, ihre Eltern und die unterstützenden Pädagogen sind uns für unsere langjährige Freundschaft, nachhaltige Unterstützung zum Erhalt ihrer Gesundheit und für die Unterstützung bei der Aufklärungsarbeit sehr dankbar.

Zum Jahresende 2018 haben sie mich beauftragt, an alle Unterstützer*innen die Leser*innen des „Widerspruch“ herzliche Grüße und Wünsche für gute Gesundheit, Freude am Leben und den Frieden für das Jahr 2019 zu übermitteln.

Einen besonderen Gruß senden sie an zwei Spender*innen des Widerspruchs, die seit zehn Jahren einen Spendendauerauftrag für ambulante Pektinkuren zu laufen haben, Familie Roscher aus Eisenhüttenstadt und Gerold Sachse aus Fürstenwalde.

Sie würden sich auch sehr darüber freuen, wenn Spender*innen die besondere Busreise vom 10. bis 23. Juli 2019 (ab/bis Frankfurt an der Oder) nach Belarus nutzen würden, um ihr Heimatland ein wenig besser kennenzulernen und vielleicht einen Abstecher nach Otwerschtschi zu ihnen mitzumachen.



Otwerschtschi, ein Dorf in Belarus



In der Schule von Otwerschtschi: Hagen Weinberg (2. v. r.) erlebt bei seinem Besuch die Untersuchung der Kinder nach ihrer Verstrahlung, Fotos: SODI

SODI e.V. Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00
Kennwort: Tschernobyl



von
René Lindenau,
Cottbus

Marx – Der Unvollendete

„Wenn Prosa ihre Poesie verliert und nach Anwendung ruft, dann schlägt die Stunde des Strategen“ (Seite 588)

Wer hatte geahnt, das der je Standpunkt berühmt berüchtigte Kapitalismuskritiker Karl Marx mit seinem Leben und Werk noch einmal so eine Konjunktur erleben würde. Schon vor dem Marx-Jahr 2018 (1818–1888) legte Jürgen Neffe eine Biografie dieses Mannes vor, die zum Bestseller wurde: „Marx – Der Unvollendete“.

Wenigstens bis zum Ende der Lektüre lässt Neffe den Leser zum Bewohner in Marx' Gedankengebäude werden. Danach kann man ja wieder in die herrschende neoliberale Realität ausziehen. Mancher wird bleiben, neu einziehen, neue Ideen mitbringen und sie fort entwickeln wollen.

Zunächst aber erfährt der Leser, wie Marx quasi eingerichtet war. Der Autor führt durch den „Maschinenraum des kapitalistischen Systems“ (Seite 420), er gibt einen Überblick über die politischen, philosophischen und ökonomischen Theorien. Das „Kreativteam“ Marx und Engels, das eine langjährige Zusammenarbeit und darüber hinaus eine Freundschaft verband, bekommt in dem Buch mehrfach einen breiten Raum eingeräumt. Deutlich wird zudem, dass Marx Schwierigkeiten hatte, konstruktiv mit Einwänden seiner sozialistischen Gegner umzugehen.

Neben einem umfassenden Überblick über seine wissenschaftlichen Studien bekommt man auch Charakterstudien von Marx geliefert. Eine Fundgrube, die über viele Nebeneingänge den Zugang zu Marx' Denken, Leben und Handeln eröffnet, sind zahlreich erhalten gebliebene Briefe, aus denen der Buchautor vielfach zitiert. Deutlich wird, dass dieser Marx passt in keine Schublade, in die ihn vor allem spätere Vertreter der reinen Lehre allzu oft stecken wollten.

Aber gehen wir im Folgenden auf einzelne Aspekte des revolutionären Querkopfes Karl Marx ein.

Einfach war es nie, einfach hat er es zeitlebens auch anderen nicht gemacht. Schon das Verhältnis mit seinem Vater war nicht komplikationslos. Der hatte Angst, dass aus seinem Sohn ein „armes Poetlein“ würde. Am Ende wurde er doch Ju-

rist und ein Philosoph, der die Welt verändern wollte.

Mit Lyrik hat er es dennoch versucht, war jedoch genauso wie mit seiner Philosophie wenig erfolgreich, denn die Welt wartet noch immer auf ihre Ausführung mit einem Happy End, das sich nicht nur auf Marx' Lesekreise beschränkt. Nur in seiner Kapitalismusanalyse behielt er Recht, worauf Neffe mehrfach hinwies; exemplarisches Beispiel die Finanzkrise anno 2008.

Teilweise erschütternd lesen sich die Zeilen, die das Privatleben von Karl und seiner Frau Jenny zum Inhalt haben. Einfach nur furchtbar, die Eheleute verlieren vier ihrer Kinder früh, sehr früh. Sieben schwere Schwangerschaften musste die einstige Baronin erdulden. Hinzu kam auch noch ein uneheliches Kind, das ihr Karl in ihrer Abwesenheit mit deren Haushälterin, Helene Demuth, produzierte. Am Ende, verkehrte Welt. Jenny bittet ihn um Vergebung „Die Ungleichung ist aufgegangen, die Liebe wiederhergestellt ...“ – so steht es im Buch (Seite 284).

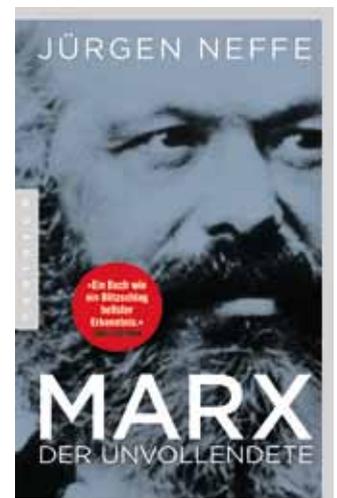
Ein anderes Kapitel ist ein sehr dunkles, es geht um sein ganz spezielles Verhältnis zu Ferdinand Lassalle. Erst waren sie Gefährten im gemeinsamen Kampf, dann verlieben sie sich zunehmend und gingen auseinander. Wie hätte die Geschichte der Arbeiterbewegung verlaufen können, wenn sich ihre Partnerschaft dauerhaft ergänzt und erhalten geblieben wäre? So aber erging sich Marx gegenüber von Lassalle verstärkt in antisemitischen Ausfällen, der wie er jüdische Wurzeln hatte. Der traurige Höhepunkt, da schimpfte Marx ihn einen „jüdischen Nigger“. Wurde hier der Samen für den bis heute grassierenden Antisemitismus innerhalb der Linken gelegt? Der derart Angegriffene stirbt dann 1864 in einem Duell.

Doch das Duell zwischen den Genossen ging mit verteilten Rollen auf anderen Schauplätzen weiter. Diesen Eindruck könnte man bekommen. Denn auf Widerspruch und Einsprüche Andersdenkender war Marx nicht so gut zu sprechen. So wurden oftmals aus vie-

len Genossen Gegner. Wie haltlos der jahrelang Staatenlose dabei sein könnte, möge nur ein Brief an Engels (1859) zeigen: „Liebknecht ist ebenso schriftstellerisch wie er unzuverlässig und charakterschwach ist, wovon ich Näheres zu berichten haben werde. Der Kerl hätte diese Woche einen definitiven Abschiedstritt in den Hintern erhalten, zwängen nicht gewisse Umstände, ihn einstweilen noch als Vogelscheuche zu verwenden“ (Seite 558). Solche Töne bekam manch anderer gleichfalls aus dem Marxschen Munde beigebracht. Hingewiesen sei noch einmal auf Lassalle.

Warum lässt mich das jetzt an heute aktuelle Zustände in real existierenden linken Parteien denken; wo man sich in gewissen Zyklen, in nach innen gerichteten Grabenkämpfen vor den tatsächlichen Problemen der Außenwelt versteckt? Da sind wahrlich noch viele Gräben zu schütten, um eine Aktionsfähigkeit herzustellen, die schließlich nicht nur die Verbesserung der „Lage der arbeitenden Klasse Englands“ (Engels, 1845), sondern weltweit bewirkt. Ein Jahr nach dem Tod von Marx schrieb Friedrich Engels: „Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine zu spielen, und glaube, meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh so eine famose erste Violine zu haben wie Marx“ (Seite 588). Mögen auch schiefe Noten dabei gewesen und nicht wenige Missklänge in Marx' Denkkompositionen zu finden sein: Tot ist er nicht. Bis in die Gegenwart lädt er zu Streit und Auseinandersetzung ein.

Die hier besprochene Marx Biografie dürfte eine solche Einladung erneuern und viele weitere Leser so in den Bann ziehen, so wie es bei mir der Fall war.



Jürgen Neffe, Marx – Der Unvollendete, 1. Auflage, 2017, C. Bertelsmann, München, Paperback, Klappenbroschur, ISBN: 978-3-570-55378-7, 18 Euro

„Lasst Brücken uns bau'n ...“

Der Ernst-Busch-Chor Berlin lädt zum Konzert im Januar 2019

Ein erfolgreiches Jahr 2018 liegt hinter den 70 Sängerinnen und Sängern des Ernst-Busch-Chores Berlin. Ausverkaufte Konzerte, z. B. in Kiel gemeinsam mit dem Ernst-Busch-Chor Kiel zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution, zum 120. Geburtstag von Hanns Eisler im Kammermusiksaal der Philharmonie, u. a. mit dem Brecht-Eisler-Chor Brüssel, dem Hans-Beimler-Chor und zwei Jugendchören, sowie zum Friedensfest der LINKEN in Strausberg am 1. September legen ein deutliches Zeugnis davon ab, dass unsere Lieder für Frieden, Freiheit und Solidarität nicht nur gern gehört und mitgesungen werden, sondern dass diese Lieder im politischen Kampf unserer Zeit einen festen Platz haben.

Ich bin sehr glücklich, seit 2005 diesem Chor anzuhören und seine Geschicke mitbestimmen zu können. Unser 35-jähriger künstlerischer Leiter, Daniel Selke, ist nun seit fünf Jahren der Motor der bemerkenswerten qualitativen Entwicklung dieses Chores. Ein Besuch unserer Konzerte ist also ein lohnendes Erlebnis!

Unter dem Motto „Lasst Brücken uns bau'n“ werden am **19. und 20. Januar 2019 um 15 Uhr** die Januar-Konzerte gemeinsam mit dem **Kinder- und Jugendensemble „Sadako“ im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur** in der **Berliner Friedrichstraße** stattfinden, zu dem wir Euch sehr herzlich einladen. Karten gibt es zu den öffentlichen Proben des Chores im Münzenberg-Saal des Verlagsgebäudes des „neuen deutschland“, Franz-Mehring-Platz 1 jeden Mittwoch um 12.30 Uhr nach der Chorprobe oder über das Internet (ebcb-karten@gmx.de)

Am **1. Mai 2019** wird der **Ernst-Busch-Chor** auf dem **Marktplatz in Fürstenwalde um 15 Uhr** auftreten, also schon mal vormerken! Wir freuen uns natürlich auch sehr auf bereits geplante Auftritte in Moskau und Kopenhagen.

Ingrid Zander, Basisorganisation Grünheide

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 13. Dezember 2018,
17.30/19 Uhr,
Erkner, GefAS, Fichtenauer
Weg 44/53

Besinnliche Weihnachtsfeier der LINKEN Erkner, Gosen-Neu Zittau.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu! Bei all dem schulischen und auch politischen Ernst wird es Zeit, nochmal richtig Spaß zu haben. Wie wäre es mit einem Konzertabend der Punkband Abbruch aus Gosen-Neu Zittau? Dann auf zur Weihnachtsfeier der LINKEN.

Mucke ohne Kosten mit Kartoffelsalat und Würstchen.



- 12. Januar 2019, 10–15 Uhr, Groß Rietz
Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Oder-Spree

- 13. Januar 2019, 9–13 Uhr, Friedhof Berlin-Friedrichsfelde (Gedenkstätte der Sozialisten)
traditionelle Luxemburg-Liebkecht-Ehrung (100. Todestag)

- 26./27. Januar 2019, Wildau
Delegiertenkonferenz zur Aufstellung der Landesliste der Partei DIE LINKE Brandenburg für die Landtagswahl am 1. September 2019

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 18. 12., 29. 1. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Dezember 2018/Januar 2019

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 8. 1., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Frankfurter Str. 81
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 10. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 15. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 17. 1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 22. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 23. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 24. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 28. 1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 30. 1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

6. 12., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium
13. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

MARX-WORTE – UMGESETZT VON ROSA-LUXEMBURG

Rosa Luxemburg wurde am 15. Januar 1919 von Mördern in Uniform erschlagen – Leuten, die zu jenen Kreisen gehörten, die später offen die Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten unterstützten.

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus einer Rede von Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD am 31. Dezember 1918/1. Januar 1919 in Berlin ab.

„Im Jahre 1895 haben wir ihn (Friedrich Engels) verloren; seitdem ging leider die theoretische Führung aus den Händen von Engels in die Hände von Kautzky über, und da erleben wir die Erscheinung, daß jede Auflehnung gegen den Nur-Parlamentarismus, die Auflehnung, die auf jedem Parteitag von links kam, getragen von einer größeren oder kleineren Gruppe von Genossen, die in zähem Kampf gegen die Versumpfung standen, über deren drohende Folgen sich jeder klarwerden mußte – daß jede solche Auflehnung als Anarchismus, Anarchosozialismus, mindestens aber als Antimarxismus gestempelt wurde. Der offizielle Marxismus soll-

te als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei, für jede Abschwenkung von dem wirklichen revolutionären Klassenkampf, für jede Halbheit, die die deutsche Sozialdemokratie und überhaupt die Arbeiterbewegung, auch die gewerkschaftliche, zu einem Dahinsiechen im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verurteilte, ohne jedes ernste Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.

Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere als – in wenigen Worten zusammengefaßt – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren. Jetzt zeigt sich, was wahrer Marxismus ist und was dieser Ersatz-Marxismus war, der sich als offizieller Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie so lange breitmach-



te. Ihr seht ja an den Vertretern dieses Marxismus, wohin er heutzutage geraten, als Neben- und Beigeordneter der Ebert, David und Konsorten. Dort sehen wir die offiziellen Vertreter der Lehre, die man uns jahrzehntelang als den wahren, unverfälschten Marxismus ausgegeben hat. Nein, Marxismus führte nicht dorthin, zusammen mit den Scheidemännern konterrevolutionäre Politik zu machen. Wahrer Marxismus kämpft auch gegen jene, die ihn zu verfälschen suchten, er wühlte wie ein Maulwurf in den Grundfesten der kapitalistischen Gesell-

schaft, und er hat dazu geführt, daß heute der beste Teil des deutschen Proletariats unter unserer Fahne, unter der Sturmflagge der Revolution marschiert und wir auch drüben, wo die Konterrevolution noch zu herrschen scheint, unsere Anhänger und künftigen Mitkämpfer besitzen.“

Quelle:
Rosa Luxemburg, *Unser Programm und die politische Situation, Gesammelte Werke Bd. 4, 6. Überarbeitete Auflage, Dietz, Berlin 2000 S. 492-493;*
ausgewählt von Dr. Artur Pech

Zucker-Kasten



